

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Montag, den 2. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Syndikalismus.

Ap. Mit dem Übertritt des bedeutendsten Teils der Lokalfisten in die unabhängigen Gewerkschaften ist die Aussicht auf eine syndikalistische oder, wie sie zu deutsch gelaßt wurde, anarcho-sozialistische Bewegung von einiger Bedeutung hier in Deutschland verschwunden. Der Syndikalismus ist eine ausländische Pflanze, für die hier der geeignete Boden fehlt; er ist den kleinstädtischen Verhältnissen Frankreichs entsprungen und spielt außerdem nur noch in Italien eine erhebliche Rolle.

Das will weder sagen, daß wir hier zu vernünftiger und zu hoch entwickelt sind für diese Form der Gewerkschaftsbewegung, noch will es sagen, daß für verschiedene Länder verschiedene Formen der Arbeiterbewegung passen. Überall ist eine Gewerkschaftsbewegung, die mit einer kräftigen Aktion für die unmittelbaren Aufgaben ein revolutionäres Empfinden und eine tiefe Einsicht in die Kampfbedingungen der allgemeinen Arbeiterbewegung vereint, die beste. Aber überall fehlt etwas an diesem Ideal; gekündigt wird hüben wie drüben, und nur die Art der Fehler, die man macht, ist verschieden. Es gilt also, die Eigenart und Idee der französischen Gewerkschaftsbewegung, mit denen unsere Genossen auf internationalen Gewerkschaftskongressen wiederholt in Berührung kommen, aus den französischen Verhältnissen zu verstehen.

Syndikate ist der französische Name für Gewerkschaften; der Syndikalismus ist jedoch nicht einfach die Gewerkschaftsbewegung, sondern eine Gewerkschaftsbewegung, die sich selbst als die einzige wirkliche Arbeiterbewegung betrachtet. Sie stellt sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes, der aus dem Interessengegensatz von Arbeitern und Arbeitgebern hervorgeht und also nur von den Arbeitern selbst geführt werden kann. Die einzigen reinen Arbeiterorganisationen sind aber ihrer Anschauung nach die Gewerkschaften; in der sozialistischen Partei findet man nebst Arbeitern auch noch allerhand andere Leute: Literaten, Rechtsanwälte, Ärzte, Rentiers, sogar Arbeitgeber; sie alle gehören höchstens durch gemeinsame Ideen, nicht durch gemeinsame Interessen zusammen. Die sozialistische Partei könne also nicht als Vertretung der Arbeiterklasse deren Klassenkampf führen.

„Politische Parteien“ sagt eine neulich erschienene theoretische Schrift der Syndikalisten, „sind Koalitionen, die sich bilden, um die Vorteile, die der Besitz des Staates gewähren kann, zu erobern, wobei ihre Führer entweder durch Haß getrieben werden, oder materielle Vorteile suchen, oder bloß ihren Willen aufzwingen möchten.“ Die Wortführer werden durch die Aussicht auf Stellen und Würden, die der Sieg ihrer Partei ihnen bringt, getrieben; die Führer sind meist Leute, die innerhalb ihrer eignen Klasse nicht zur Macht kommen konnten; sie nehmen sich deshalb der Beschwerden der unterdrückten Klassen an und machen diese zu ihrer Gefolgschaft. So wird der reine und klare Klassenkampf verunstaltet durch die Einnischung der politischen Parteien, die ganz andere Ziele verfolgen.

Wo kann diese sonderbare Auffassung vom Wesen der politischen Parteien, die unseren Erfahrungen völlig zuwiderläuft, wohl herkommen? Sie ist der Praxis der bürgerlichen Parteien in westeuropäischen Ländern, namentlich in Frankreich entnommen. Dort stehen sich innerhalb der bestehenden Klasse keine großen, um wichtige Klasseninteressen kämpfenden Parteien gegenüber; dort hat das Bürgertum keine großen Aufgaben mehr zu erfüllen und seine Haupt Sorge ist, bei dem Proletariat kein kräftiges Klassenbewußtsein aufkommen zu lassen. Da herrscht das Kleinbürgertum vor, das die tönenden demokratischen Phrasen liebt, aber beiseite nichts für die Arbeiter geschieht läßt. Da sind die Parteien wirklich Cliquen von ehrgeizigen Geschäftspolitikern, die mit einander um die Stellen und Ämter hadern. Und wenn nun die französische sozialdemokratische Partei diesem Possenspiel von einem scharf ausgeprägten Klassenstandpunkt heraus entgegengetreten wäre! Aber nein; durch den Ministerialismus und die Blockpolitik hat sie dem Glauben Vorschub geleistet, sie sei genau eine solche Partei, wie die bürgerlichen Parteien, Politiker, denen das sozialistische Ideal eine schöne Phrase war, mittels deren sie sich empor-schwingen könnten, bis zur Höhe des Ministeramtes, landen in ihr Unterschlupf.

Die theoretischen Auffassungen der französischen Gewerkschaftler sind also aus den französischen Verhältnissen heraus leicht zu verstehen. Der Syndikalismus bildet eine natürliche Reaktion eines ausgeprägten proletarischen Klassenbewußtseins gegen die revisionistische Politik der Partei. Durch die kleinstädtischen Zustände Frankreichs daran gehindert, das Wesen der bürgerlichen Politik zu durchschauen und ihr auf ihrem eignen Gebiete mit einer

klaren zielbewußten revolutionären Arbeiterpolitik entgegenzutreten, wußt dieser Teil des Proletariats sich gegen die bürgerlichen Korruptionversuche nur durch eine trotzig Isolierung zu schützen. Wir wollen mit den Parteien, mit der Politik, mit dem Staate nichts zu schaffen haben, sagen sie; wir bauen die selbständigen Klassenorganisationen des Proletariats aus, die in der Zukunft dazu bestimmt sind, die bürgerlichen Institutionen zu ersetzen. Mit diesem Anspruch überlassen sie der Bourgeoisie unbestritten die Hochburg ihrer Macht.

Die antipolitische parteifeindliche Gewerkschaftsbewegung ist in Frankreich also als Gegenlag zu der revisionistischen Parteipolitik hervorgekommen. Falls es denjenigen unserer Genossen, die dem französischen Ministerialismus als der wahren praktischen sozialistischen Taktik zuschreiben, gelungen wäre, den Methoden der bürgerlichen Politik auch hier zum Siege zu verhelfen, so wäre hier auch zweifellos die Folge gewesen, daß das revolutionäre Empfinden der Massen sich auf syndikalistische Seitenwegen verirrte. Das kurze Aufleben des Anarcho-sozialismus in Berlin zeigt dies zur Genüge. Aber in den deutschen Verhältnissen ist weder für eine bürgerliche Politik der Partei, noch für ihren syndikalistischen Widerhall irgend eine Möglichkeit vorhanden.

Nirgends tritt so klar wie in Deutschland hervor, daß die politischen Parteien gesellschaftliche Klassen vertreten, und namentlich, daß die sozialdemokratische Partei die Massenorganisation des Proletariats ist. Während in anderen Ländern der Schein der bürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung ein scharf ausgeprägtes Klassenempfinden bei den Arbeitern nicht leicht aufkommen ließ, wurden sie in Deutschland wie eine minderwertige Rasse behandelt, mißhandelt als andere Bürger. Dadurch haben die herrschenden Klassen hier das Proletariat zu einer festgesetzten Klassenpartei zusammengetrieben. Bei dieser klaren Praxis kann eine Theorie, die in den politischen Parteien bloße Koalitionen ehrgeiziger Politiker sieht, nur Achselzucken erregen.

Diese Theorie war es also nicht, die in den lokalen Gewerkschaften die Sympathie für den Syndikalismus hervorrief; vielmehr war es das revolutionäre scharf-proletarische Klassenempfinden, das in den Äußerungen der Syndikalisten hervortrat. Daher war auch kein Wechsel der prinzipiellen Anschauungen der Anlaß zum Übertritt in die zentralen Gewerkschaften. Neben der Parteitagresolution, die den äußeren Anlaß gab, wirkte vor allem die eigene Erfahrung der Parteigenossen als Ursache der Vereinigung. Sie sahen die Konzentration der ganzen herrschenden Klasse gegenüber dem Proletariat, die wachsende Einheit, Macht und Brutalität der Unternehmerverbände, und sie fühlten daher die Notwendigkeit der eigenen Einheit. Abgesehen von theoretischen Prinzipien bildeten jedenfalls die lokalen Gewerkschaften eine Sonderbewegung, eine Zerspaltung. Der gemeinsame Kampf der Bauarbeiter im vorigen Sommer, der die offiziellen Verhandlungen verzögerte, hat deshalb wohl am meisten zur schließlichen Einigung beigetragen.

Neue Prinzipien bringen die Lokalfisten nicht in die zentralen Gewerkschaften mit hinein, und brauchen sie auch nicht mit hinzubringen. Wenn sie nur mitbringen und hochhalten, was ihnen den Syndikalismus sympathisch machte, ein klares revolutionäres Klassenempfinden, so wird sich auch in dieser Hinsicht die Einigung nützlich für unsere Gewerkschaftsbewegung erweisen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

setzte am Sonntagabend die erste Lesung der sozialpolitischen Vorlage fort. Zuerst sprach der dekorierte Bülowpudel Pachnik, den der Tribünenwitz Laçniko aber auch Schwachniko nennt, und erzielte mit dem schönen Satz: Blockpolitik heißt Geltendmachung freisinniger Grundsätze, einen vollen und unbestrittenen Heiterkeitserfolg. Der Reichsparteiler Schmidt-Ullendorff schöpfte aus der tiefen Brust eines vierzigjährigen Millionärs den Ausspruch: Bei Arbeitergesetzen muß die Regierung mehr auf die Stimme der Unternehmer hören. Der christlich-soziale Behrens übte bisweilen zutreffende, nirgends einschneidende Kritik und der freisinnige Volksparteiler Mann sprach im Sinne, aber ohne den Phrasenschwulst Pachnikes, d. h. wesentlich zustimmend über die Vorlagen. Der Zentrumsmann Fleischer, der im vorigen Jahre dem Reichstag „hochanfechtliche Festversammlung“ titulierte, entwickelte ein Bezirksvereinspathos, als ob er bei Wiener in die Schule gegangen sei. Genosse Geyer, der als letzter Redner an diesem Tage sprach, schilderte, gestützt auf reiche eigene Erfahrungen und an der Hand wohl-durchgearbeiteten Materials die grauenhaften Zustände, die sich in der Tabakindustrie unter der Herrschaft der Heim-

arbeit ausgebildet haben. Nur ein völliges Verbot könnte hier helfen, aber nicht die Palliativmittelchen, mit denen die Regierung kommt. Am Montag geht die Debatte weiter.

Der Verfassungsbruch besiegelt.

So ist Herrn Bülow sein altes Glück wieder einmal tren geblieben: das Herrenhaus hat, wie schon kurz berichtet, mit einer Majorität von 32 Stimmen die Enteignungsvorlage angenommen. Unsere Leser werden uns nicht zumuten, über die Verhandlungen des hohen, edlen und erlauchten Hauses erst eingehend Bericht zu erstatten. Es genügt zu wissen, daß die Redner der Opposition die Tribüne beherrschten, während die Regierungsvorlage selber fast ausschließlich von Regierungsvertretern verteidigt werden mußte. Dieser Aufgabe unterzogen sich die Herren Bejeler von der Justiz, Arnim von der Landwirtschaft, Rheinbaben von der Finanz, und Er, der herrschliche von allen, Herr Bülow, „vons Janze“. Zu den Herrschaften, die mit Nein stimmten; gehörte auch der Herzog Günther, der Bruder von Wilhelm II. Frau, der frühere Landwirtschaftsminister Lucius, Generalfeldmarschall Haefeler und viele andere Angehörige des Adels. Die hatten zum großen Teil ihre Meinung auch in der Debatte zum Ausdruck gebracht. Die andern dagegen, die mit Ja stimmten, hatten von vornherein auf die geistige Arbeit verzichtet, ihre Ansicht erst zu begründen — dazu hatten sie ja die Regierungskommis! — sie fühlten sich lediglich als Stimmvieh und handelten danach. Vor allem die Fraktion der Professoren und Bürgermeister. Nur fünf Bürgermeister, die zu bekannt waren als Mitglieder des „entschiedenen“ Freisinn, wagten es, gegen die Polenberaubung zu stimmen. Zuerst wurde das Amendement Wedel-Piesdorf angenommen, das von der Enteignung alle Güter ausschließt, die vor 1886, als das erste Ansetzungs-gesetz in Kraft trat, sich schon in der Hand befanden, in der sie sich heute befinden. Sodann wurde der Antrag Adikes auf Wiederherstellung der Ostmarkenvorlage in der ursprünglichen Form in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 111 Stimmen angenommen.

Die preussische Regierung hat jetzt die Vollmacht, die sie im Interesse des deutschen Volkstums verlangte. Aber schon jetzt ist klar, daß auch diese neue Maßregel nur eine neue Etappe im nationalen Aufschwung der preussischen Polen bedeuten wird. Der Haß, den diese Gewalttat in alle polnischen Herzen gießen muß, wird das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit und damit den Abschluß vor allem, was aus Deutschland kommt, nur noch verstärken. An sich ist es ja das fürchterliche Armutszeugnis, das die Geschichte der preussischen Verwaltung ausgestellt hat, wenn jetzt, nach nahezu 140 Jahren, die Polen noch in unverfälschter Kampfesstimmung gegen Preußen stehen. Für eine wirklich weitsichtige und weiserzige Regierung wäre es ein Kinderpiel gewesen, die Aufgabe der nationalen Ungleichung in der Hälfte der Zeit durchzuführen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die den Polen den großen Markt des Deutschen Reiches öffneten, die geographischen Verhältnisse, die Preußen als östlichen Nachbar das wirtschaftlich noch so unentwickelte und politisch wie sozial gleich barbarische Rußland gegeben hatten, alle diese Dinge vereinigen sich, um der preussischen Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern. Sie hat das Gegenteil ihrer Absicht erreicht. Sie ist unfähig, Kulturpolitik zu treiben, sie kann nur mit dem Polizeisäbel dreinschlagen und mit dem Ausnahme-gesetz regieren, was bekanntlich jeder Esel kann. Auch die Enteignungsvorlage ist nichts anderes, als ein Ausnahme-gesetz. Aber noch nie ist es gelungen, einem feiner Nationalität sich bewußt gewordenen Volke diese Nationalität mit Ausnahme-gesetzen oder Gewaltmitteln zu rauben, und wer das versucht, der ist antinational im schärfsten Sinne des Wortes, der hat vor der Nationalität keines eigenen Volkes selber keinen Respekt. Und das trifft allerdings auf Herrn Bülow und seine Spießgesellen, die Rädertze und Ihenblitze, ganz genau zu. Was ist für sie das deutsche Volk? Nichts anderes als ein Objekt der Gesetzgebung, der Ausbeutung, der Bereicherung, der Verklauung. Man sieht's ja an der Haltung in der Frage der preussischen Wahlreform. Und diese Elemente spielen sich als Vorkämpfer deutscher Nationalität auf, die sie gegen die polnische Nationalität retten wollen. Die wahren deutschen Nationalen reichen den Polnischen Nationalen über die Köpfe dieser Gernegroße hinweg lächelnd die Bruderhand hin in gegenseitiger Anerkennung nationaler Selbständigkeit und Freiheit.

Selbe, wer helfen kann!

Der famose freisinnige Wahlrechtsauschuß, der unter der Leitung der Fischbeck, Kopsch und Wiemer die Agitation gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht in Aufbruch bringen soll, hat wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben, er fordert die „Liberale in Stadt und Land“ erneut auf, ihrer Begeisterung für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auch materiellen Ausdruck zu geben.

Cure Vater, cure Ahnen
Brügelte seit alter Zeit
Dies angefamte Gefäß,
Durch Jahrtausende geweiht;
Wenn ihr wollt, so schließt sie weiter.
Eine Handvoll Flitter noch —
War —: Wenn meine Faust sie schwinget,
Schmerzt vom Streich der Klauen doch.

Genug der Zitate! Wir haben sie nur, daß unsere
Leber seines Geistes einen Hauch verspüren. In Böhmen,
seiner Heimat, hat man Smatoplut Gsch schon lange gewür-
digt; die „Lieder eines Sklaven“ sind in für Gedichtsam-
lungen fast unerhörter Auflage ins Volk gegangen; sie
haben auftrübend, sie haben anfeuernd gewirkt. Sollten
sie nicht bei der deutschen Arbeiterklasse ihren Widerhall
finden?

Das wäre die beste Ehrung, die dem toten Freiheits-
kämpfer werden könnte. Und zugleich ein Wirken in seine
Sinn, für das Ziel, das Sprengen der Ketten.

Denn die Poesie, wahre Poesie, ist eine gewaltige Macht,
von der sich allerdings die ewig Nüchternen, die Praktiker
und Statistiker keinen Begriff machen können. Das
flammende Dichtwort reißt mit, erhebt über den dumpfen
Quietismus, gibt der Seele Schwung und führt vorwärts
über alle Hindernisse. Und was Smatoplut Gsch uns gab,
als er die „Lieder eines Sklaven“ sang, das ist echt, das ist
wahr, das ist unvergängliche Poesie!

Soziales und Parteilieben.

Eine Schulschmach. In Leuthen, dem aus dem sieben-
jährigen Kriege bekannten Dorfe in der Nähe von Breslau,
verbreitet sich die Genickstarre unter den Schulkindern
mit einer geradezu unheimlichen Schnelligkeit. Hatte sie zu
Anfang nur leichtere Formen, so ist ihr jetzt ein neunjähriger
Knabe zum Opfer gefallen. Als Seuchenherd ist unbedingt
die katbolische Schule anzusehen, deren Zustand selbst
von einem loyalen Blatte wie die „Schlesische Zeitung“
als jeglicher Beschreibung spottend bezeichnet wird. Die
Aborte sind als direkt gefährlich zu bezeichnen. Um das
Klassenzimmer nur einigermaßen warm erhalten zu können,
hat man die Lehmfachwände von innen notdürftig mit Bret-
tern verkleidet und den Zwischentraum mit Stroh
ausgefüllt. Die Doppeltüren können nicht geöffnet
werden, da sie von außen angenagelt sind! Daß ein
solcher echt preußischer Schulpalast für Krankheitsreger
geradezu ein Vorado sein muß und daß hier die amtlich vor-
geschriebenen Desinfektionen eine Farce bleiben müssen, leucht
jedem Kinde ein. Und dieser Zustand dauert schon seit
Jahrzehnten! Seit 12 Jahren schweben die Unterhandlungen
über einen Neubau, bis heute aber ist die Angelegenheit
noch nicht vom Flecke gekommen. Wird nunmehr, wo schon
Menschenleben die dem staudastöhen Zustände zum Opfer fallen,
endlich Wandel eintreten?

**Ein sozialdemokratischer Vertreter in die Schul-
deputation** wählten am Dienstag die Solinger Stadt-
verordneten. Der Oberbürgermeister hatte vorher geltend
gemacht, die Sozialdemokraten würden von
der Regierung doch nicht bestätigt, man
mache sich daher mit der Wahl eines Sozialdemokraten in
die Schuldeputation nur unnütze Arbeit. Genosse
Kreuzer wies mit Recht darauf hin, daß das Kollegium
doch beweisen sollte, daß es mit der Ministerialentscheidung,
die den ewigen Ausschluß der Sozialdemokraten aus der
Schuldeputation ausdrückt, nicht einverstanden ist, und des-
halb auch einen Vertreter unserer Partei in die Deputation
wählt. Dießem Argument Kreuzers konnten sich die Herren
der liberalen und freiwirtschaftlichen Couleur nicht gut widersetzen,
daher wurde Genosse Korkert einstimmig mit in die
Schuldeputation gewählt.

Der Bildungsausschuß hat vor einigen Tagen eine
Sitzung abgehalten, in der er zunächst wiederum den Ge-
nossen Hugo Heimann-Berlin zu seinem Vorsitzenden
wählte. Aus dem Bericht des Geschäftsführers
ging hervor, daß sich die Arbeiten des Bildungsausschusses
in einer Weise vermehrt haben, die für das Anwachsen der
planmäßigen Bildungsarbeit in den Kreisen der organisierten
Arbeiterklasse ein erfreuliches Zeugnis ablegt. Die Aktion
des Bildungsausschusses zur Hebung und Verbesserung der
Jugendlektüre für proletarische Kinder ist von der Partei
und Gewerkschaftspressen in dankenswerter Weise unter-
stützt worden, so daß sich der Verkauf empfehlenswerter
Jugendbücher gegen die Vorjahre bereits merklich gehoben
hat. Allerdings haben auch noch einige Parteiblätter neben
dem Verzeichnis des Bildungsausschusses Zusammenstellungen
von Weihnachtsektüren für Kinder veröffentlicht, welche
wertlosen Schund enthielten, ein Verfahren, gegen das der
Bildungsausschuß bei den zuständigen Stellen Ein-
spruch erheben wird. Der Bildungsausschuß be-

schloß, das Jugendschriftenverzeichnis zum nächsten
Winter rechtzeitig in erweiterter Form herauszugeben.
Die Vorträge über die Jugendschriftenfrage, die in den
Wochen vor Weihnachten in verschiedenen Städten stattge-
funden haben, haben noch nicht überall das wünschenswerte
Interesse gefunden, sie sollen aber dennoch im nächsten Winter
fortgesetzt werden. Die wissenschaftlichen Wand-
kurse des Bildungsausschusses haben bisher — teils als
Unterrichtskurse vor circa 30 bis 50 Teilnehmern, teils als
Vortragskurse vor 150 bis 300 Zuhörern — in folgenden
Städten stattgefunden: Erfurt, Weimar, Korbda; Stuttgart,
Heilbronn, Göttingen; Altenburg, Schmöln, Zeitz; Kiel,
Hamburg, Neumünster; Bremen, Harburg, Hannover;
Dortmund, Witten, Gelsenkirchen. Als Redner waren die
Genossen Dr. P. Duncker und Otto Kähler tätig. Weitere
Kurse haben auf Veranlassung des Bildungsausschusses in
Zwickau, Glauchau, Greiz und Lützenwalde (Vortragender:
Genosse Julian Borchardt) und in Blauen, Grimmitzschau,
Werdau (Vortragender: Genosse Hermann Wendel) stattge-
funden, eine Reihe weiterer Kurse sind gegenwärtig im Gange.
Diese Art parteigänglicher Aufklärungsarbeit hat überall
den lebhaftesten Beifall der Genossen, insbesondere der Teil-
nehmer, gefunden. Die Berichte der Organisationen betonen
in gleichem Maße die dringende Notwendigkeit dieser me-
thodischen Bildungsarbeit wie ihren offensichtlichen Erfolg.
Der Bildungsausschuß steht in dem Ausbau der Wand-
kurse einer seiner wichtigsten Aufgaben. Die Schaffung
eines Rednerverzeichnis hat der Bildungsausschuß
nach längerer Beratung abgelehnt. Dagegen soll die
Zusammenfassung von Literaturkatalogen für Ab-
theilungen nach Mäglichkeit beschleunigt werden. Im Zu-
sammenhang damit soll später die Organisation von Wan-
derbibliotheken erörtert werden. Die Herausgabe
von Führern durch Dramen und Opern soll mög-
lichst gefördert werden, daß zum nächsten Herbst eine
größere Reihe von Einführungen vorliegt. Ein Wander-
kurs für zwei Städte in der Zeit vom 30. März bis
zum 16. April und ein weiterer Kurs für drei Städte in
der Zeit vom 21. April bis zum 20. Mai sind noch frei. Or-
ganisationen, die diese Kurse belegen möchten, werden ge-
beten, sich mit der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses,
Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, in Ver-
bindung zu setzen.

Aus Nah und Fern.

Noble Kampfmittel kommen unter den frommen Staats-
erhaltenden der Rheinpfalz zur Anwendung, wie folgendes
Christkind zeigt:

Billigheim, Datum des Poststempels.

Dochwürdigster Herr!

In nächster Zeit wird Herr Kaufmann Fensterer
von hier die dortige Gegend bereisen. Derselbe ist ein
braver Katholik, der jederzeit treu zur katholischen Sache
und zu unserer Partei hält, obwohl er weiß, wie sehr sein
Geschäft, das hauptsächlich auf Billigheim und die pro-
testantische Umgebung angewiesen ist, darunter leidet.
Schon nach der letzten Reichstagswahl verringerte sich
seine Kundenzahl bedeutend und jetzt gar liegt sein Ge-
schäft fast völlig still, was für den Mann um so härter
ist, da er eine sehr zahlreiche Familie zu ernähren hat.
Das unterfertigte katholische Pfarramt bittet nun
Ew. Hochw. Herrn Fensterer womöglich einige Aufträge
zu referieren in Herren- und Damenkleider-
stoffen und sonstigen Ausstattungsgartikeln,
wie Hemden, Unterkleider usw., und ihn vielleicht
in der einen oder anderen Familie Ihrer Pfarrei mittels
beiliegender Zettel zu empfehlen.

Daß die Stoffe sicherlich ebenso gut sind und durch-
aus nicht teurer als die irgend eines liberalen
Juden, können mehrere Herren Confratres bezeugen,
die schon seit vielen Jahren Kunden des Herrn Fensterer
sind.

In der Überzeugung, an Ew. Hochw. für sein Pfarr-
kind keine Fehlbite getan zu haben

zeichnet Cum Ave fraterno
Das katholische Pfarramt Billigheim
Bruno.

Billigheim ist jener Ort des Wahlkreises Gernersheim,
wo der letzte Wahlkampf zu den widerlichsten, abstoßendsten
Erscheinungen führte, die der politische und konfessionelle
Haß nur zeitigen kann.

Die Steuerlichen der Reichen. Der Fabrikations-
führer Dreiholz in Gräfrath bei Solingen kam im
vorigen Jahre mit seinem Chef, dem Fabrikanten Stöcker,
in Differenzen, die zu seiner sofortigen Entlassung führten.
Seine Klage gegen seinen Prinzipal auf Anerkennung von
Lohnanteils-Ansprüchen in Höhe von über 30 000 Mk. fiel zu
seinen Ungunsten aus. Aus Rache denunzierte D. nun
seinen früheren Arbeitgeber und bezichtigte ihn er heb-

licher Steuerhinterziehungen. Wie der Bürger-
meister nunmehr mitgeteilt hat, sind die Steuerdefraudati-
ons-Verhandlungen bis 1906 abgeschlossen, und zwar mit
dem Ergebnis, daß St. nicht weniger als 33 000 Mk. nach-
zahlen hat. Wie Dreiholz versicherte, hatte sich St. öfter
mit 12 000 Mk. eingeschätzt, aber za. 100 000 Mk. jährlich
verdient.

Verhaftet wurde in Mülhausen (Elsass) der wegen
Majestätsbeleidigung zu längerer Gefängnisstrafe
verurteilte Redakteur des Wochenschriftes „Viktoria“, Herr
Kueich. Ob er wegen Mordverdachts oder wegen
eines neuen Falles verhaftet wurde, ist noch nicht näher
bekannt.

Soldatenelbstmord. Vor dem Nordhäuser Bahnh-
hof ließ sich am Sonntagabend der Rekrut Werner,
der in Sondershausen seiner Militärpflicht genügt, von
dem Zug 610 überfahren. W. ist verheiratet und
erst vor kurzer Zeit eingezogen. Das Motiv des Selbst-
mordes ist bisher nicht bekannt.

Die resolute Ehegattin. Aus Sachsen wird der „Bos-
z.“ folgendes lustige Geschichtchen mitgeteilt: Ein Guts-
besitzer fuhr mit einem Wagen Roggen in die etwa eine
Meile entfernte Stadt Wauken zum Markte. Nachdem er
das Getreide verkauft und die leeren Wagen nach Hause
geschickt hatte, kehrte er mit dem gelösten Gelde in einen Gast-
hof ein, wo er einige Bekannte traf. Als die Herren mehrere
Kannen des edlen Gerstenlases genossen hatten, begannen
sie Billard zu spielen. Bei den immer höher werdenden Ein-
sätzen wurde das Spiel immer fesselnder und währte bis zum
nächsten Morgen. Der Gutsbesitzer hatte nicht nur sein
Geld, sondern auch seine beiden Pferde nebst Equipage ver-
spielt. Da er sich aber der Ketten in der Not. Die
Frau des Unglücklichen, die nebenbei bemerkt die Tochter
eines Hotelbesizers aus Dresden ist und die edle Kunst des
Billardspiels früh erlernt hat, trat ganz ruhig in das
Billardzimmer, und nachdem sie sich über den Verlust ihres
Gatten orientiert hatte, ergriff sie das Queue und forderte
die Gewinner auf, mit ihr weiter zu spielen. Um sich nicht
zu blamieren, mußten diese das Anerbieten annehmen, und
zwar bei noch bedeutend erhöhten Einsätzen. Nach etwa
zwei Stunden hatte die Spielerin alles Verlorene wieder-
gewonnen, und ohne ein Wort weiter zu sagen, nahm sie
ihren verblüfften Mann an der Hand, führte ihn zu der
wieder zurückgewonnenen Equipage und fuhr mit ihm nach
Hause. Wie aber die darauf folgende Gardinenpredigt aus-
gefallen sein mag, blieb ein Familiengeheimnis.

Drei Häuser gestohlen. Vor dem Polizeigericht in
Willeßen standen zwei Männer und eine Frau unter
der gemißelten Anklage, drei Häuser gestohlen zu haben.
Ein Bauunternehmer, der in Willeßen drei Häuser errichtet
hatte, wollte diese beistimmen und fand zu seinem Staunen,
daß sie verschwunden waren. Erkundigungen ergaben, daß
etwa 15 Personen seit einiger Zeit eifrig mit dem Nieder-
reißen der Häuser und dem Wegschaffen des Materials be-
schäftigt gewesen waren. Die Hausdiebe hatten allein an
Hauholz 20 T. weggeführt. Ein Polizist hatte wohl die
Arbeiter beobachtet, war aber offenbar nicht auf den Einfall
gekommen, daß es sich um einen Diebstahl handeln könne.
Und doch waren es ganz neue Häuser!

Ein roher Maskenscherz hat sich in der Mainzer
Garnison ereignet. Ein als Leutnant verkleideter Mann
residierte in Begleitung mehrerer Zivilisten den Wachtposten
am Bingerort und verlangte die Herausgabe der scharfen
Patronen. Als der Posten dies instruktionsgemäß ver-
weigerte, zog der Maskenleutnant den Säbel und schlug dem
Soldaten derart über den Kopf, daß die Helmkrone abbrach.
Als auch die Zivilisten handgreiflich zu werden drohten,
lagte der Soldat sie mit gezücktem Bajonett in die
Flucht.

Noch gut abgegangen. Aus Turin wird berichtet:
Der Sturm, der hier in den letzten Tagen wüthete, hat
ein Unglück angerichtet, das leicht entfehlige Folgen hätte
haben können: er hat eine Engels-Statue, die auf
der Kuppel der allen Winden ausgelegten Kirche der
Madonna della Salute stand, von ihrem Westdach gerissen
und auf das Kirchendach geschleudert. Die Statue fiel mit
solcher Wucht, daß sie mehrere Dachplatten zer-
trümmerte; es ist noch ein Glück, daß sie durch das Dach
aufgehalten wurde, sonst hätte sie sicher Menschenleben in
Gefahr gebracht.

Eine „Kulturtat“. Der von dem Schwurgericht Stettin am
27. September 1907 wegen Mordes zum Tode verurteilte Arbeiter
Friedrich Zigan ist auf dem Hofe des dortigen Landgerichts-
gefängnisses durch den Schwarfrichter Schwick hingerichtet
worden. Zigan hatte den Förster Krüger, der ihn im Mai
1907 beim Wildern überaschte, durch Schüsse und Schläge
mit dem Flintenkolben getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck

menstrierten und unter ihren Trümmern seine Zuversicht be-
graben. Die Nacht seiner Seele erfüllte ihn mit neuen
Schrecken. Er lag in seinem Stuhle wie ein Verheerender,
endlich öffnete sich seine Lippen, und er sprach mit Bitter-
keit: „Geht, Ihr seid nicht besser, wie die anderen. Ver-
laßt mich, wie sie mich verlassen haben. Alles betrügt
mich, alles verrät mich. Ich könnte mich eben so gut von
Holländern bewachen lassen, wie von meinen Leibgarben. —
Nichts jehntlicher wünsche meine Feinde, als meine
Flucht; auch wollte ich voll und ganz vertrauen, aber ich
weiß jetzt, was eure Gutturals und eure Freudenfeuer wert
sind.“

Die Bürger entfernten sich, der Abend brach herein, der
König war in größter Aufregung, seine Lage war fessant.
Er stand in seinem Palast allein. Wo die letzten Wachen seiner
Garden waren, hörte seine Macht auf. Kein Minister war
da, kein roter Faden, der ihn mit seinem Reiche verband.
Er mußte nicht, was außerhalb geschah, was mit ihm wer-
den sollte. Er war wie ein Baum ohne Wurzel, der hin
und her schwankt, und den der nächste Windstoß niederwirft.
— Eine ungeheure Angst ergriff ihn. Er fürchtete jeden näch-
sten Augenblick; ruhelos trieb es ihn hin und her, und zu-
weilen griff er an Brust und Kopf, als wisse er nicht, ob er
noch lebe und atme.

Um die zehnte Stunde in der Nacht hörte er Lärm und
trat an ein Fenster. Mit stillem Entsetzen sah er den Palast
und Garten von Bajonetten umringt. Die harten Schritte
geschlossener Bataillone und das Getrapp vieler Pferde ließen
keinen Zweifel, daß er in der Gewalt seines Schwieger-
sohnes sei.

Gleich darauf trat der Anführer seiner Garden herein, der
alle Graf Orasen, der mit erhöhtem Gesicht sagte: „Majestät,
man hat uns umringt. Die Holländer fordern, daß wir uns
zurückziehen und ihnen die Posten übergeben, aber eher lasse
ich mich in Stücke hauen, als es geschehen soll.“

„Und was könnte es helfen?“ fragte Jakob. „Laßt
ihnen die Posten und zieht Euch zurück. Wir wollen zu Bett
gehen und schlafen. Was können die Feinde mit Schümme-
res antun, als was meine eigenen Untertanen, ja meine eigen-
en Kinder mit angetan haben.“

Verlassen von jeder Kraft und wie blödsinnig, überwäl-
ligt von seinem Mißgeschick, ging er in sein Zimmer zurück.

Er glich einem Verurteilten, den die Todesangst sinnlos
gemacht hat, und der nun gleichgültig sein Schicksal er-
richten sieht.

„Gottes Wille geschehe!“ murmelte er; „er wird die
Verräter finden, er wird mich rächen. Die heilige Jung-
frau! die heilige Kirche! ich bleibe treu. Kein Atom! nicht
ein Atom!“ — Er stierte kindisch lachend vor sich hin und
schloß ein.

Um Mitternacht wurde er plötzlich aufgeweckt. Drei
Lords waren in Whitehall und verlangten ihn sofort zu
sprechen. Es waren die Lords Halifax, Chremsburg und
der rauhe, heftige Delamere, die mit wichtiger Sendung zu
ihm kamen.

Der König ließ sie in sein Schlafzimmer kommen, nach-
dem er einen Nachtrock übergeworfen.
„Berzeihung, Eure“, sagte Halifax, „aber unser Geschäft
erleidet keinen Aufschub.“

„O!“ erwiderte Jakob, „bemüht Euch nicht, Mylord!
was gäbe es wohl, was ich noch zu verzeihen hätte? Sagt
kurz, was Ihr von mir wollt.“

„Weiß es Gott, Eure“, fiel Chremsburg ein, „unsere
Schuld ist es nicht, daß wir so vor Ew. Majestät erscheinen
müssen.“

„Was wollt Ihr anklagen“, fragte Jakob; „wenn Ihr es
nicht seid? Ihr vor allen, Chremsburg. Doch sagt, was
Euch zu mir führt.“

„Die Sache ist die“, sprach Delamere, „daß Ew. Hoheit
der Prinz in wenigen Stunden in Westminster sein wird.
— Ein Zusammentreffen mit Ew. Majestät ist unter den
jetzigen Umständen unmöglich. Wir sind daher beauftragt,
dafür zu sorgen, Eure, daß mit Tagesanbruch Whitehall
leer ist.“

„Was wollt Ihr damit sagen?“ rief der König, jäh
erbleichend. „Ich soll fort? Wohin? In welches Ge-
fängnis?“

„Vorderhand“, gab der Lord zur Antwort, „als seine
Gefährten schwiegen, ist das Schloß Ham an der Themse
zum Aufenhalt für Ew. Majestät bestimmt.“

„Dann ist halt“, rief Jakob, „unwöhnlich, ein Sommer-
aufenthalt. Wenn ich fort soll, will ich nach Rochester, wo
ich glückliche Tage gelehen habe.“

„Wir wissen nicht, Eure“, sagte Halifax, „ob dieser
Wunsch Ihnen gestattet werden kann. Ich will jedoch so-
fort den Prinzen davon benachrichtigen lassen.“

Jakob sah ihn starr an, und seine Augen füllten sich mit
Tränen. „Ihr müßt es nicht“, sprach er dumpf, „ob es mir
gestattet werden kann? — So bin ich gefangen? Hab, ge-
fangen! und von dem Gefängnis eines Königs bis zu seinem
Schicksal ist nur ein Schritt!“

Er stieß diese Worte seines unglücklichen Vaters mit zit-
ternder, gebrochener Stimme hervor, dann sagte er erschöpft:
„Zut was Ihr wollt, ich bin hilflos, ein schwacher elender
Mensch. Fragt Euren Prinzen, was mit mir geschehen soll,
aber geht, laßt mich allein.“

Die Lords gingen schweigend, selbst Delamere, der Jakob
unverföhlich haßte, schlug die Augen nieder. Er mochte den
tief gefallenen Fürsten nicht anblicken.

In der Morgenfrühe stieg Jakob in die königliche Barke,
welche an der Westtreppe von Whitehall lag. Sein Weg
ging durch ein dichtes Spalier holländischer Soldaten;
zehn Boote mit ihnen gefüllt umringten das Fahrzeug des
Königs. — Bleich, zitternd, gebeugt unter der Last seines
Fammers ging Jakob auf Middleton gestützt. Von all seiner
Größe, von der stolzen Größe seines Hauses war ihm nichts
geblieben, als das Gefängnis, dem er entgegen ging. Eine
kleine Zahl Hofdiener und alte Edelleute standen weinend
und händeringend an der Wassertreppe; seine Augen be-
deckend, ging der König vorüber, und indem er einige Namen
nannte, rief er ihnen ein Lebewohl zu. Die Barke fuhr
schnell den Strom hinab; holländische Soldaten säuberten
den Platz.

Alle Glocken Londons läuteten, und ein betäubendes
Freudengeschrei, das kein Ende finden wollte, begleitete den
Einzug des Prinzen von Oranien, als er wenige Stunden
nach Jakobs trüblicher Fortschaffung in St. James-Palast
einzog. — Obwohl der Regen in Strömen niederfiel, war
ganz London auf den Beinen. Von jedem Gut flatterte ein
Orangeband, von jedem Stock und Regenschirm wehte das
neue Herrenzeichen. Der Prinz fuhr rasch durch den Park,
neben ihm lag der grämliche Marschall Schomberg, der mit
seinem verwiterten Soldatengesicht einen grellen Gegen-
satz zu dem blauen ersten Manne bildete, dem England ent-
gegenjauchzte.

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Montag, den 2. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Syndikalismus.

Ap. Mit dem Abtritt des bedeutendsten Teils der Lokalkisten in die unabhängigen Gewerkschaften ist die Ansicht auf eine syndikalistische oder, wie sie zu deutsch geäußert wurde, anarcho-sozialistische Bewegung von einiger Bedeutung hier in Deutschland verschwunden. Der Syndikalismus ist eine ausländische Pflanze, für die hier der geeignete Boden fehlt; er ist den kleinbürgerlichen Verhältnissen Frankreichs entsprungen und spielt außerdem nur noch in Italien eine erhebliche Rolle.

Das will weder sagen, daß wir hier zu vernünftig und zu hoch entwickelt sind für diese Form der Gewerkschaftsbewegung, noch will es sagen, daß für verschiedene Länder verschiedene Formen der Arbeiterbewegung passen. Überall ist eine Gewerkschaftsbewegung, die mit einer kräftigen Aktion für die unmittelbaren Aufgaben ein revolutionäres Empfinden und eine tiefe Einsicht in die Kampfbedingungen der allgemeinen Arbeiterbewegung vereint, die beste. Aber überall fehlt etwas an diesem Ideal; gesündigt wird über wie drüben, und nur die Art der Fehler, die man macht, ist verschieden. Es gilt also, die Eigenart und Ideen der französischen Gewerkschaftsbewegung, mit denen unsere Genossen auf internationalen Gewerkschaftskongressen wiederholt in Verührung kommen, aus den französischen Verhältnissen zu verstehen.

Syndikate ist der französische Name für Gewerkschaften; der Syndikalismus ist jedoch nicht einfach die Gewerkschaftsbewegung, sondern eine Gewerkschaftsbewegung, die sich selbst als die einzige wirkliche Arbeiterbewegung betrachtet. Sie stellt sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes, der aus dem Interessengegensatz von Arbeitern und Arbeitgebern hervorgeht und also nur von den Arbeitern selbst geführt werden kann. Die einzigen reinen Arbeiterorganisationen sind aber ihrer Anschauung nach die Gewerkschaften; in der sozialistischen Partei findet man nebst Arbeitern auch noch allerhand andere Leute: Literaten, Rechtsanwälte, Ärzte, Rentiers, sogar Arbeitgeber; sie alle gehören höchstens durch gemeinsame Ideen, nicht durch gemeinsame Interessen zusammen. Die sozialistische Partei könne also nicht als Vertretung der Arbeiterklasse deren Klassenkampf führen.

„Politische Parteien“ sagt eine neulich erschienene theoretische Schrift der Syndikalisten, „sind Koalitionen, die sich bilden, um die Vorteile, die der Besitz des Staates gewähren kann, zu erobern, wobei ihre Führer entweder durch Haß getrieben werden, oder materielle Vorteile suchen, oder bloß ihren Willen aufzwingen möchten.“ Die Wortführer werden durch die Aussicht auf Stellen und Würden, die der Sieg ihrer Partei ihnen bringt, getrieben; die Führer sind meist Leute, die innerhalb ihrer eignen Klasse nicht zur Macht kommen konnten; sie nehmen sich deshalb der Beschwerden der unterdrückten Klassen an und machen diese zu ihrer Gefolgschaft. So wird der reine und klare Klassenkampf verunstaltet durch die Einmischung der politischen Parteien, die ganz andere Ziele verfolgen.

Wo kann diese sonderbare Auffassung vom Wesen der politischen Parteien, die unseren Erfahrungen völlig zuwiderläuft, wohl herflammen? Sie ist der Praxis der bürgerlichen Parteien in westeuropäischen Ländern, namentlich in Frankreich entnommen. Dort stehen sich innerhalb der bestehenden Klasse keine großen, um wichtige Klasseninteressen kämpfenden Parteien gegenüber; dort hat das Bürgertum keine großen Aufgaben mehr zu erfüllen und seine Haupt Sorge ist, bei dem Proletariat kein kräftiges Klassenbewußtsein aufkommen zu lassen. Da herrscht das Kleinbürgertum vor, das die löblichen demokratischen Phrasen liebt, aber beiseite nichts für die Arbeiter geschehen läßt. Da sind die Parteien wirklich Eliten von ehrgeizigen Geschäftspolitikern, die mit einander um die Stellen und Ämter haben. Und wenn nun die französische sozialdemokratische Partei diesem Possenspiel von einem schärfer ausgeprägten Klassenstandpunkt heraus entgegengetreten wäre! Aber nein; durch den Ministerialismus und die Blockpolitik hat sie dem Glauben Vorschub geleistet, sie sei genau eine solche Partei, wie die bürgerlichen Parteien, Politiker, denen das sozialistische Ideal eine schöne Phrase war, mittels deren sie sich emporschwingen könnten, bis zur Höhe des Ministeramtes, fanden in ihr Unterhalt.

Die theoretischen Auffassungen der französischen Gewerkschaftler sind also aus den französischen Verhältnissen heraus leicht zu verstehen. Der Syndikalismus bildet eine natürliche Reaktion eines ausgeprägten proletarischen Klassenbewußtseins gegen die revisionistische Politik der Partei. Durch die kleinbürgerlichen Zustände Frankreichs daran gehindert, das Wesen der bürgerlichen Politik zu durchschauen und ihr auf ihrem eignen Gebiete mit einer

klaren zielbewußten revolutionären Arbeiterpolitik entgegenzutreten, wußte dieser Teil des Proletariats sich gegen die bürgerlichen Korruptionversuche nur durch eine trostige Isolierung zu schützen. Wir wollen mit den Parteien, mit der Politik, mit dem Staate nichts zu schaffen haben, sagen sie; wir bauen die selbständigen Klassenorganisationen des Proletariats aus, die in der Zukunft dazu bestimmt sind, die bürgerlichen Institutionen zu ersetzen. Mit diesem Ausspruch überlassen sie der Bourgeoisie unbestritten die Hochburg ihrer Macht.

Die antipolitische parteifeindliche Gewerkschaftsbewegung ist in Frankreich also als Gegensatz zu der revisionistischen Parteipolitik hervorgekommen. Falls es denjenigen unserer Genossen, die dem französischen Ministerialismus als der wahren praktischen sozialistischen Taktik zuzubekommen, gelungen wäre, den Methoden der bürgerlichen Politik auch hier zum Siege zu verhelfen, so wäre hier auch zweifellos die Folge gewesen, daß das revolutionäre Empfinden der Massen sich auf syndikalistischen Seitenwegen verlor. Das kurze Aufleben des Anarcho-sozialismus in Berlin zeigt dies zur Genüge. Aber in den deutschen Verhältnissen ist weder für eine bürgerliche Politik der Partei, noch für ihren syndikalistischen Widerhall irgend eine Möglichkeit vorhanden.

Nirgends tritt so klar wie in Deutschland hervor, daß die politischen Parteien gesellschaftliche Klassen vertreten, und namentlich, daß die sozialdemokratische Partei die Massenorganisation des Proletariats ist. Während in anderen Ländern der Schein der bürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung ein scharf ausgeprägtes Klassenempfinden bei den Arbeitern nicht leicht aufkommen ließ, wurden sie in Deutschland wie eine minderwertige Rasse behandelt, minderen Rechtes als andere Bürger. Dadurch haben die herrschenden Klassen hier das Proletariat zu einer festgefühten Klassenpartei zusammengetrieben. Bei dieser klaren Praxis kann eine Theorie, die in den politischen Parteien bloße Koalitionen ehrgeiziger Politiker sieht, nur Abschlucken erregen.

Diese Theorie war es also nicht, die in den lokalen Gewerkschaften die Sympathie für den Syndikalismus hervorrief; vielmehr war es das revolutionäre scharf-proletarische Klassenempfinden, das in den Äußerungen der Syndikalisten hervortrat. Daher war auch kein Wechsel der prinzipiellen Anschauungen der Anlaß zum Abtritt in die zentralen Gewerkschaften. Neben der Parteitagaresolution, die den äußeren Anlaß gab, wirkte vor allem die eigene Erfahrung der Parteigenossen als Ursache der Vereinigung. Sie sahen die Konzentration der ganzen herrschenden Klasse gegenüber dem Proletariat, die wachsende Einheit, Macht und Brutalität der Unternehmerverbände, und sie fühlten daher die Notwendigkeit der eigenen Einheit. Abgesehen von theoretischen Prinzipien bildeten jedenfalls die lokalen Gewerkschaften eine Sonderbewegung, eine Zersplitterung. Der gemeinsame Kampf der Bauarbeiter im vorigen Sommer, der die offiziellen Verhandlungen verzögerte, hat deshalb wohl am meisten zur schließlichigen Einigung beigetragen.

Neue Prinzipien bringen die Lokalkisten nicht in die zentralen Gewerkschaften mit hinein, und brauchen sie auch nicht mit hineinzubringen. Wenn sie nur mitbringen und hochhalten, was ihnen den Syndikalismus sympathisch machte, ein klares revolutionäres Klassenempfinden, so wird sich auch in dieser Hinsicht die Einigung nützlich für unsere Gewerkschaftsbewegung erweisen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die erste Lesung der sozialpolitischen Vorlage fort. Zuerst sprach der dekorierte Bülowpudel Pachnacke, den der Tribünenwitz Lachnick aber auch Schwachnick nennt, und erzielte mit dem schönen Satz: Blockpolitik heißt Geltendmachung freisinniger Grundsätze, einen vollen und unbestrittenen Heiterkeitserfolg. Der Reichsparteiler Schmidt-Altenburg schöpfte aus der tiefen Brust eines vierzigfachen Millionärs den Ausspruch: Bei Arbeitergelegen muß die Regierung mehr auf die Stimme der Unternehmer hören. Der christlich-soziale Behrens übte bisweilen zutreffende, nirgends einschneidende Kritik und der freisinnige Volksparteiler Müll sprach im Sinne, aber ohne den Phrasenschwulst Pachnickes, d. h. wesentlich zustimmend über die Vorlagen. Der Zentrumsmann Fleischer, der im vorigen Jahre den Reichstag „hochansehnliche Festversammlung“ titulierte, entwickelte ein Bezirksvereinspathos, als ob er bei Wiener in die Schule gegangen sei. Genosse Seyver, der als letzter Redner an diesem Tage sprach, schilderte, gestützt auf reiche eigene Erfahrungen und an der Hand wohl durchgearbeiteten Materials die grauenhaften Zustände, die sich in der Tabakindustrie unter der Herrschaft der Heim-

arbeit ausgebildet haben. Nur ein völliges Verbot könnte hier helfen, aber nicht die Palliativmittelchen, mit denen die Regierung kommt. Am Montag geht die Debatte weiter.

Der Verfassungsbruch besiegelt.

So ist Herrn Bülow sein altes Glück wieder einmal treu geblieben: das Herrenhaus hat, wie schon kurz berichtet, mit einer Majorität von 32 Stimmen die Enteignungsvorlage angenommen. Unsere Leser werden uns nicht zumuten, über die Verhandlungen des hohen, edlen und erlauchten Hauses erst eingehend Bericht zu erstatten. Es genügt zu wissen, daß die Redner der Opposition die Tribüne beherrschten, während die Regierungsvorlage selber fast ausschließlich von Regierungsvertretern verteidigt werden mußte. Dieser Aufgabe unterzogen sich die Herren Beseler von der Justiz, Arnim von der Landwirtschaft, Rheinbaben von der Finanz, und Er, der herrlichste von allen, Herr Bülow, „vons Janze“. Zu den Herrschaften, die mit Nein stimmten, gehörte auch der Herzog Günther, der Bruder von Wilhelm II. Frau, der frühere Landwirtschaftsminister Luclus, Generalleutnant Haefeler und viele andere Angehörige des Adels. Die hatten zum großen Teil ihre Meinung auch in der Debatte zum Ausdruck gebracht. Die andern dagegen, die mit Ja stimmten, hatten von vornherein auf die geistige Arbeit verzichtet, ihre Ansicht erst zu begründen — dazu hatten sie ja die Regierungskommiss! — sie fühlten sich lediglich als Stimmgabel und handelten danach. Vor allem die Fraktion der Professoren und Bürgermeister. Nur fünf Bürgermeister, die zu bekannt waren als Mitglieder des „entschiedenen“ Freisinn, wagten es, gegen die Polenberatung zu stimmen. Zuerst wurde das Amendement Wedel-Piesdorf angenommen, das von der Enteignung alle Güter ausschließt, die vor 1886, als das erste Anleihegesetz in Kraft trat, sich schon in der Hand befanden, in der sie sich heute befinden. Sodann wurde der Antrag Adikes auf Wiederherstellung der Ostmarkenvorlage in der ursprünglichen Form in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 111 Stimmen angenommen.

Die preussische Regierung hat jetzt die Vollmacht, die sie „im Interesse des deutschen Volkstums“ verlangte. Aber schon jetzt ist klar, daß auch diese neue Maßregel nur eine neue Etappe im nationalen Aufschwung der preussischen Polen bedeuten wird. Der Haß, den diese Gewalttat in alle polnischen Herzen gießen muß, wird das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit und damit den Abschluß vor allem, was aus Deutschland kommt, nur noch verstärken. An sich ist es ja das fürchterlichste Armutzeugnis, das die Geschichte der preussischen Verwaltung ausgestellt hat, wenn jetzt, nach nahezu 140 Jahren, die Polen noch in unverföhlicher Kampfesstimmung gegen Preußen stehen. Für eine wirklich weitichtige und weitherzige Regierung wäre es ein Kinderpiel gewesen, die Aufgabe der nationalen Angliederung in der Hälfte der Zeit durchzuführen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die den Polen den großen Markt des Deutschen Reiches öffneten, die geographischen Verhältnisse, die Preußen als östlichen Nachbar das wirtschaftlich noch so unentwickelte und politisch wie sozial gleich barbarische Rußland gegeben hatten, alle diese Dinge vereinigen sich, um der preussischen Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern. Sie hat das Gegenteil ihrer Absicht erreicht. Sie ist unfähig, Kulturpolitik zu treiben, sie kann nur mit dem Polizeifüßel dreinschlagen und mit dem Ausnahmegesetz regieren, was bekanntlich jeder Feind kann. Auch die Enteignungsvorlage ist nichts anderes, als ein Ausnahmegesetz. Aber noch nie ist es gelungen, einem seiner Nationalität sich bewußt gewordenen Volke diese Nationalität mit Ausnahmegeetzen oder Gewaltmitteln zu rauben, und wer das versucht, der ist antinational im schärfsten Sinne des Wortes, der hat vor der Nationalität seines eigenen Volkes selber keinen Respekt. Und das trifft allerdings auf Herrn Bülow und seine Spießgesellen, die Köckerige und Hengblitze, ganz genau zu. Was ist für sie das deutsche Volk? Nichts anderes als ein Objekt der Gesetzgebung, der Ausbeutung, der Bereicherung, der Verklauung. Man sieht's ja an der Haltung in der Frage der preussischen Wahlreform. Und diese Elemente spielen sich als Vorkämpfer deutscher Nationalität auf, die sie gegen die polnische Nationalität retten wollen. Die wahren Deutschnationalen reichen den Polnischnationalen über die Köpfe dieser Gernegroße hinweg lächelnd die Bruderhand hin in gegenseitiger Anerkennung nationaler Selbständigkeit und Freiheit.

Helfe, wer helfen kann!

Der famose freisinnige Wahlrechtsausschuß, der unter der Leitung der Fischbeck, Kopsch und Wiener die Agitation gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht in Fuß bringen soll, hat wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben: er fordert die „Liberale in Stadt und Land“ erneut auf, ihrer Begeisterung für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auch materiellen Ausdruck zu geben.

durch Überfendung von Gaben an die liberalen Zeitungen oder die Geschäftsstelle des Ausschusses. Der erste Aufruf an die freisinnigen Wahlrechtskämpfer scheint wenig klingenden Erfolg gebracht zu haben und verzweifelungsvoll löst deshalb nochmals der Ruf in das Land hinaus: Jede Gabe ist willkommen. Helfe, wer helfen kann!

Das Originelle ist nun, daß der Aufruf mit einem Begleitfahnen, in dem um „Ihre schätzbare Hilfe“ gebeten wird, auch der linksliberalen „Berliner Volkszeitung“ zugegangen ist, demselben Organ, das erst einen Tag vorher im Reichstag von dem „Freisinnigen“ Kopsch als sozialdemokratisches Blatt hingestellt worden war. Herr Kopsch sprach der „Volkszeitung“ den Charakter eines liberalen Blattes ab und rief „alle seine politischen Freunde“ als Schwurzeugen auf, daß das Blatt seit Jahren alles getan habe, „um des Ansehens und die Tätigkeit unserer Partei herabzusetzen“. Und 24 Stunden später brachte es derselbe Herr Kopsch „mit seinen politischen Freunden“ fertig, unter eigener Namensunterschrift der „Volkszeitung“ einen Aufruf zuzuschicken, in der „die gesamte liberale Presse“ zum Schnorren für den freisinnigen Wahlrechtsausschuß aufgefordert wird! Das linksliberale Blatt drückt den Hilferuf mit beißendem Hohne ab:

„Nichtlicher und amüsanter, das werden auch die intimsten Freunde des Herrn Kopsch zugeben, ist — binnen 24 Stunden — noch niemals ein Bannstrahl gegen ein „mitleidiges“ Blatt desavouiert worden, als es im vorliegenden Falle geschieht. Wir können nicht umhin, Herrn Kopsch unter verknüpfte Beileide zu dem reizenden Intervall auszusprechen, zu dessen Mittelpunkt er sich gemacht sieht. Nur wünschen wir in seinem Interesse — denn wir vergeben ihm gern, was er tat, da das Talent zur Politik nicht jedem gegeben ist — daß er in Zukunft etwas vorsichtiger werde, wenn er seinen Groll gegen eine ihm unbecommene Zeitung noch einmal sollte austausen wollen.“

Der arme Kopsch ist wirklich zu bedauern. Er soll den Kampf um das allgemeine Wahlrecht führen und bekommt von seinen liberalen Freunden nicht nur kein Geld, sondern auch noch bitteren Hohn zu kosten. Was bleibt ihm, nachdem die freisinnigen Börsenwölfe die Taschen konsequent zuhalten, auch weiter übrig, als nach dem Grundgesetz zu handeln: Geld stinkt nicht?

Ursachen und Wirkungen.

Für den Rückgang der Konjunktur macht auch die Breslauer Handelskammer in ihren soeben herausgegebenen Mitteilungen für 1907 die derzeitige Wirtschaftspolitik mit verantwortlich:

Auch die Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Bedarfsartikel der breiten Schichten der Bevölkerung hat zu der Änderung der Konjunktur beigetragen. Außer den Industrieerzeugnissen haben im Berichtsjahre vor allem die wichtigsten Nahrungsmittel einen ungemein hohen Preisstand erreicht. Die drückenden Fleischpreise der Vorjahre sind kaum zurückgegangen. Dazu trat des weiteren die Preissteigerung anderer Nahrungsmittel, insbesondere des Getreides. Der Getreidepreis hat im Berichtsjahre einen Stand erreicht, wie er seit Bestehen der Getreidezölle nur in dem Steuerungsjahre 1891 in annähernder Höhe zu verzeichnen war. Wenn diese Erscheinung vor allem (?) in dem Ausfall der Welsternte begründet, mithin in den meisten Kulturstaaten zu beobachten war, so dürften doch die Zollerhöhungen des neuen deutschen Zolltarifs eine Verschärfung zur Folge gehabt haben. Dazu kam, daß auch die Kohlenpreise andauernd ihren hohen Stand aufrecht erhielten, ja ihn noch überschritten. Diese vermehrten Ausgaben für notwendige Bedarfsartikel verringern natürlich die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung für industrielle Erzeugnisse. Die Nachfrage nach Verbrauchs- und Produktionsgegenständen ging unter der Einwirkung dieser Verhältnisse zurück, zumal da sich bei der Gütererzeugung und dem Güterumsatz auch infolge anderer Umstände, wie einer ungünstigen Witterung, der verschlechterten handelspolitischen Lage, der ungünstigen Lage Rußlands und verschiedener Erschwernisse auf dem Gebiete des Verkehrswezens weitere Störungen bemerkbar machten. Eine Verringerung des Abjages, eine Verschärfung des Wettbewerbs, ein Rückgang der Preise und dazu Verluste an den Vorräten waren die Folge davon.

Wenn die Sozialdemokratie solche Zusammenhänge nachweist, pflegen unsere Gegner von der „wissenschaftlichen Minderwertigkeit der Kritiktheorie“ zu schwätzen.

Standhafte Dinerer.

Fürst Bülow veranstaltet in neuerer Zeit häufig intime Dinners, um seinen Block durch Essen und Trinken zusammenzuhalten. Meist erfährt die Öffentlichkeit von solchen Veranstaltungen nichts, am Mittwoch aber war der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, Dr. Friedrich Lange, eingeladen, der sein Glück seinen Lesern nicht verschweigen konnte. Unter den Dinerern Bülows nennt Herr Lange:

Handelsminister Delbrück und Staatssekretär Sydow, die Abgeordneten Graf Kanitz, v. Dergen und v. Richterhofen als Vertreter der Konservativen, Dr. Mugdan, Dr. Dove, Dr. Deckler und Spilling von der linken Seite des Reichstags, Lattmann als einziger von der Wirtschaftlichen Vereinigung, und die Nationalliberalen Hagemann, Dr. Sieber und Jund.

Der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“ nennt dies selbst „eine reichlich heterogene Mischung“, „aber dennoch“, so fügt er hinzu, „lebt in diesem Kreise ein von allen empfundenenes, von einzelnen mit dem Senzer der Erleichterung ausgesprochenes Bewußtsein des bekannten „Endlich allein!“ Sowohl, es ist ein gemeinsamer Boden für weitere Ehegewöhnung im nationalen Namen, es ist eine Gewähr für immer besseres Verstehen, daß in diesem Kreise die schwarzen Gestalten des Zentrums fallen und daß niemand sie vermisse. Im übrigen wird, wer sonst die Dinge und Menschen zu sehen gewohnt ist, wie sie sind, auch an diesem Abend nicht im Rausche des Optimismus verfunken sein. Gut Ding will eben Weile haben, aber diese politischen Unterhaltungen „im kleinen Kreise“ sind, wie uns meinen will, wirklich ein brauchbarer Weg

zu dem guten Ding. Und so kommt Herr Lange schließlich nach dem fünften oder sechsten Glase Sekt zu der begeistertsten Ueberzeugung, daß der Block „allen Zweifeln und nichtsnutzigen Störenfriedern zum Trost noch Wunder der Standhaftigkeit und der praktischen Erfolge bewähren kann.“

Ob Herr Lange in diesem „Rausche des Optimismus“ seine persönliche „Standhaftigkeit“ bewahrt hat, darüber schweigt die Geschichte.

Hüttensteuer in Ostafrika und Budgetrecht des Reichstags.

In der Budgetkommission des Reichstags entspann sich eine interessante Debatte über die Hüttensteuer. Sie soll nach dem Etatsanschlag 1 800 000 Mk. einbringen, von Liebert beantragte, 400 000 Mk. mehr einzustellen. Lattmann sprach für eine Mehrereinstellung der Hüttensteuer, er möchte wenigstens zwei Millionen einstellen. Staatssekretär Dernburg wendete sich entschieden gegen die Erhöhung der Hüttensteuer an sich und auch gegen eine höhere Etablierung. Die Eingeborenen zahlen schon sehr viel, prozentual weit mehr als ein deutscher Steuerzahler. Ein Eingeborener mit 200 Mk. Einkommen muß zirka 7,20 Mk. Steuer zahlen. Urendt verteidigte den Antrag Liebert, ist aber auch einverstanden, wenn nur 200 000 Mk. mehr eingestellt würden. Dernburg verteidigte nochmals seine Vorschläge und wies darauf hin, daß der Bezirksamtmann mit den Weißen allein und nach ihren Interessen über die Gelder, häufig sehr erhebliche Summen verfügen.

Genosse Eichhorn konstatierte die charakteristische Tatsache, daß der Staatssekretär die Rechte der Budgetkommission und des Parlaments gegen Mitglieder des Reichstags verteidigen müsse. Die Sozialdemokraten wünschten selbstverständlich die Vorlage der Voranschläge der Gemeinden. Weiter sei zu wünschen, daß in den Kommunen die Selbstverwaltung entwickelt und herausgebildet werde, insbesondere möge man Eingeborene heranziehen. Für eine Erhöhung der Hüttensteuer oder des Voranschlags könne er mit seinen Genossen nicht stimmen; sie seien Gegner der Hüttensteuer überhaupt, sie müßte kulturhemmend wirken. Die Erhöhung des Voranschlags lasse verschärfte Eintreibung befürchten und Brutalitäten. Durch die Verlegung der Abrechnung in die Kolonie werde der Ordnung nicht gedient. Es werde jetzt schon behauptet, daß Rechnungsverfehlungen vorkommen und daß Gelder nicht budgetmäßig verwendet werden. Das dürfte schlimmer werden, wenn die Rechnung in der Kolonie bleibt. Auch gegen Bewilligung von Pauschalen zur Verfügung der Verwaltung müssen wir uns aus budgetrechtlichen Gründen wenden.

Dernburg erklärte, daß in den Kommunen jetzt schon gelegentlich die Eingeborenen zusammengerufen werden und daß man ihnen mitteile, was mit dem Gelde geschehen solle. Durch die Verlegung der Abrechnung in die Kolonie werde nicht größere Unklarheit, sondern das Gegenteil bezweckt. Heute könne der Rechnungshof nicht prüfen, er muß glauben, was ihm die Verwaltung sagt. In Zukunft sollen Beamte des Rechnungshofes in die Kolonie gehen und sich von den Zuständen an Ort und Stelle überzeugen.

Im übrigen entspann sich eine sehr lange und eingehende Debatte über die Frage, ob die Hüttensteuer zu höherem Betrage eingestellt werden solle. Das Resultat ist die Annahme des Antrages Lattmann, statt 1 800 000 Mk. 2 000 000 Mk. Hüttensteuereinnahmen einzustellen. Auf Antrag Erzberger wurde beschlossen, daß von dieser Mehreinnahme den Kommunen nichts zuzuführen soll.

Wahlprüfungskommission des Reichstags.

Zur Prüfung stand die Wahl des Abg. Wilde (1. Merseburg, Torgau und Liebenwerda). Er ist in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Fleißner mit 13 775 gegen 7298 Stimmen gewählt worden. Der von sozialdemokratischer Seite eingeleitete Wahlprotest rügte, daß Bürgermeister und Gemeindevorsteher Wahlauftrufe für Wilde unter Beifügung ihres Amtscharakters unterschrieben, was von der Mehrheit der Kommission in Konsequenz eines früher gefassten Beschlusses als unbeachtlich angesehen wurde. Weiter wird gerügt, daß im Orte Warenbrück im Kreise Liebenwerda sozialdemokratische Stimmzettelverteiler an der Verteilung verhindert, indem sie sistiert und später mit einem Strafmandat bedacht worden seien. Auf eingeleitete Beschwerde habe der Landrat Sorge geantwortet, daß der Oberpräsident eine Verordnung erlassen, wonach an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten zu unterbleiben hätten. Das Verteilen von Flugblättern und Stimmzetteln falle unter diese Bestimmung. Die Kommission beschloß, diesen Protestpunkt für unerheblich zu betrachten, da diese unzulässige Behinderung etwa zwei Wochen vor der Hauptwahl stattgefunden, die Partei also noch Zeit gehabt habe, die Wähler mit Agitationsmaterial und Stimmzettel zu versehen. Weiter wird behauptet, daß in einigen Orten die Öffentlichkeit ausgeschlossen und sozialdemokratischen Kontrolleuren, trotz genügender Legitimation der Zutritt zu den Wahllokalen verweigert worden sei. Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf die große Mehrheit von 6477 Stimmen, mit welcher Wilde gewählt worden ist, von einer Beweiserhebung auch der für beachtenswert angesehenen Protestpunkte abzusehen und die Wahl für gültig zu erklären. — Sodann verhandelte die Kommission den gegen die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Wölzl für München II von sozialdemokratischer Seite eingeleiteten Protest. Wölzl ist in der Stichwahl mit 1425 Stimmen Mehrheit gewählt worden. Der Wahlprotest behauptete in erster Linie, daß die bekannte Proklamation des Erzbischofs von München eine amtliche Wahlbeeinflussung darstelle. Nach der Befassung genossen die Geistlichen die Rechte und die Achtung von Staatsbeamten. Ohne Zweifel aber hätten die Bischöfe Amtscharakter, denn sie leisteten den Eid in die Hand des Monarchen. Die Kommission beschloß gegen die Stimme des sozialdemokratischen Mitgliedes, diese

Protestpunkte für unerheblich zu erklären. Auch der formelle Verstoß, daß in vielen Wahlbezirken die Wählerlisten entweder überhaupt nicht oder nur von einem Wahlvorstandsmitglied unterschrieben waren, ließ die Kommission gut und erklärte die Wahl für gültig. — Bis jetzt hat die Kommission 24 Wahlen geprüft, während noch 24 der Erledigung harren. Nächste Sitzung Dienstag, den 3. März.

Mittelstandsretter.

Aber die Mittelständler giebt die antisemitische Magdeburger „Sachenschaau“, die selbst nur ein Organ für den werktätigen Mittelstand sein will, wieder einmal die volle Schale ihres Spottes aus. Anknißend an einen Lobeshymnus antisemitischer Blätter auf die jüngste Versammlung der sächsischen Mittelstandspartei, auf der auch der sächsische Ministerpräsident Graf Hohenhausen sprach, schreibt das Blatt:

„Wenn man dies liest, möchte man wahrhaftig glauben, daß die Rettung des Mittelstandes nun wahrhaftig angebrochen sei. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Und wenn je in einer Bewegung mit Phrasen gearbeitet worden ist, so ist dies in der Mittelstandsbewegung geschehen. Das Wort „Mittelstand“ ist schon eine inhaltlose Phrase, weil kein Mensch zu sagen weiß, wer Mittelstand ist oder nicht.“

Tatsache ist, daß sich im Lager der sogenannten Mittelstandsretter Phrasendrescher, Maulhelden und gewissenlose Demagogen in Masse finden. Die „Sachenschaau“ wird ihre Leute ebenso gut kennen, wie wir sie kennen!

Zimmer der alte Kohl.

Die „Freisinnige Zeitung“ liest allen Eufies das Märchen vom „Teilen“ wieder auf. Sie beruft sich auf Eugen Richter und hat also gar kein Empfinden dafür, wie schwer sich dieser mit seinen Spar-Agnes-Mädchen bei allen einsichtigen Leuten kompromittiert hat. Es ist auch sehr bezeichnend, daß die Wiener und Genossen für das von Eugen Richter in ihre neue Ara mit herübergerettet haben, die Dinge, wo sich Richter noch als Mann, als Oppositionsmann, gezeigt, kennen sie nicht mehr. Wie Richter, so sucht die „Freisinnige Ztg.“ durch Zahlen zu beweisen, daß bei der Teilerei nichts herauskomme; d. h. die wenigen Reichen, die es heute gibt, auch noch arm würden. Wir haben oft genug darauf hingewiesen, wie unsinnig solche Berechnungen und noch unsinniger die Schlussfolgerungen sind und wir ersparen uns, weiterdies weiter in diesem alten Kohl herum zu rühren. Wer heute noch solche Behauptungen, wie die der „Freisinnigen Zeitung“ über das Teilen, ernst nimmt, dem ist vorläufig nicht zu helfen, denn es fehlen ihm die subtilsten alternativen Begriffe über die sozialdemokratische Weltanschauung. — Daß auch gerade immer der größte Blödsinn über die Sozialdemokratie in der „Freisinnigen Zeitung“ stehen muß! Oder denkt das Blatt, je toller das Zeug, desto sicherer wird es von den freisinnigen Provinzredakteuren nachgedruckt? Dann könnte die „Freis. Ztg.“ mal das Richtige getroffen haben.

Behalte was du hast!

Der koburgische Landtag hat sich an den bayerischen und den hessischen Landtag gewandt mit einem Schreiben, das darauf hinweist, daß im koburgischen Landtag beschlossen worden ist, in den Staaten, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit besitzen, müsse diese erhalten bleiben. Der Präsident der hessischen Zweiten Kammer fügte bei Bekanntgabe des Schreibens hinzu, ein ähnlicher Antrag sei von den meisten Abgeordneten der Zweiten Kammer eingegangen, nämlich, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, die Bundesratsbevollmächtigten aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß die öffentliche Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das im Reichstag zur Beratung stehende Vereinsgesetz nicht beeinträchtigt werde.

Sydows Finanzpläne.

Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ bezeichnet es als gewiß, daß nach dem Rücktritt Stengels von einer Steuerreform oder auch von einzelnen neuen Steuern, wie sie der bisherige Schatzsekretär geplant hatte, in dieser Saison nicht mehr die Rede sei. Sydow bereite vielmehr die von der Mehrheit des Reichstags verlangte umfassende Steuerreform vor, die sich auf Tabak und Branntwein, vielleicht auch Erhöhung der Biersteuer und Ausbau der Erbschaftsteuer stützen soll. Näheres darüber stehe noch nicht fest. Der Plan werde erst im Laufe des Sommers Gestalt gewinnen. Die Steuerreform soll dann im Herbst Hauptaufgabe des Reichstags werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ ist hoch erfreut darüber, daß die Blockgefahr nun bis zum Herbst beseitigt ist. Nur empfindet sie Herrn Sydow, sich die parlamentarischen Chancen genau anzusehen, bevor er eine Vorlage einbringe. Das heißt, er soll nicht vergessen, die Freisinnigen zu dem Gemunkel hinter den Kulissen heranzuziehen.

Inzwischen mehren sich die Stimmen im freisinnigen Lager, daß Spiritus und Tabak keine notwendigen Lebensmittel seien und daß auch die Freisinnigen Steuern dieser Art zustimmen könnten, ohne ihr Programm zu verletzen. Damit wäre ja die Block-Steuer Einheit da. O diese freisinnigen Helden! Wenn sie nur ahnten, wie ergötlich sie wirken.

Ein Appell an die Ehre.

Die „Berl. Volksztg.“ gibt Herrn Eichhoff, dessen Wahl ja bekanntlich mit Hilfe größtlicher Wahlbeeinflussungen zustande gekommen ist, den Rat:

„Inzwischen bekennt sich vielleicht Herr Eichhoff und legt das Mandat freiwillig nieder.“ Sind die Wähler in Lenep-Wertmann auch ohne amtliche Nachhilfe für ihn genügend begeistert, so wird er ja sofort wiedergewählt werden und er darf dann an seinem Mandat eine reine Freude haben.“

Wir bezweifeln freilich stark, daß Herr Eichhoff den Rat des freisinnig-demokratischen Blattes befolgen wird! Der Blockfreisinn hat jedes Gefühl für demokratische Ehrbegriffe verloren!

Einschränkung der Kohlenproduktion in Sicht.

Die Abschwächung am Ruhrkohlenmarkt ist zu Beginn der vorigen Woche gewissermaßen amtlich konstatiert wor-

Öffentliche Ausschreibung
für die Vergabung der Dachdeckersarbeiten und der äußeren Klempnerarbeiten

zum Neubau der Lübecker Vereinsbrauerei auf dem Gelände an der Moislinger Allee bei der Ziegelei Buntefuh gelegen. Die Unterlagen sind von den unterzeichneten beteiligten Architekten gegen eine Gebühr von Mk. 0.40 zu beziehen, auch liegen im Bureau, Mengstraße 10, die Zeichnungen und allgemeinen Bedingungen zur Einsicht aus. Die Angebote sind geschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Sonabend, den 7. März,** im Geschäftszimmer der Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H., Breitestraße 53, I., mittags 12 Uhr, einzureichen, wofür die Verlesung der Offerten im Beisein etwa erschienenen Bieter stattfindet.
Schöss & Redelstorff,
Lübeck, Mengstraße 10.

Eilt! Eilt!
Mittwoch
diese Woche
Ziehung 1. Klasse Schlesw.-Holst. Landes-Industrie-Lotterie.
1 Los nur 1 Mk.
für alle 7 Klassen 20 Mt.
Klassenweise Bezahlung!
Große Gewinnchancen, 15.000 Lose
6000 Gewinne, somit gewinnt
fast jedes zweite Los.
Lose versendet, auch nach auswärts
Hermann Kersten
Kong. Lotterie-Haupt-Kollekte
obere Büstr. 8. — Fernspr. 1009.

Uhren jeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
Schloßstraße 62, b. d. Kührstraße
Gebe rote Rabatmarken.

Möbel billig.
Johannisstraße 41.

Gebrüder Barg
5 Kohlmarkt 5
empfehlen:
Bettfedern und Daunen
in nur tadelloser Ware.
Großes Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sobald das Füllen von Betten stets
gleich erfolgen kann. Ferner sämtl.
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabatmarken oder 4 pCt. in bar.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
e. G. m. b. H.

Die in der öffentlichen Generalversammlung vom 27. Februar 1908 beschlossene Dividende kann vom Montag, den 2. März d. J., ab an den Wochentagen von morgens 9—12 Uhr, nachm. von 3—6 Uhr, gegen Vorzeigung der Gutsabenscheine im Kontor der Genossenschaftsbäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Zerwaffnungsfelle Lübeck)

Versammlung
der weiblichen Mitglieder
am Mittwoch, den 4. März,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Mit zahlreichem Besuch der Versammlung
erzucht.
Die Vertrauensperson.

Panorama
Breitestraße 53, I. Etage,
Ober-Bayern.
Partenkirchen, Garmisch u. Umgeg.

Achtung! Arbeitslose!

Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei in der Generalversammlung vom 27. Februar ds. J. bestimmten 1000 Bröte Anspruch erheben, haben sich am Montag, den 2. März und Dienstag, den 3. März ds. J., abends von 7—8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden:

- | | | |
|---|---|---|
| Innere Stadt:
Heilmann, Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Zimmer Nr. 1,
A. Beck, bei Schröder, Lederstraße 3. | Holstentor:
J. Dührkoop, Ritterstraße 6,
A. Weitendorf, Friedenstr. 15. | Moisling:
Genosse A. Weitendorf wird am Sonntag, den 1. März, nachmittags 2—3 Uhr, im Lokale des Herrn Schreiber zur Entgegennahme von Meldungen anwesend sein. |
| Burgtor:
A. Schröder, Lüchowstr. 21a, I. | Mühlen- und Huxtertor:
D. Möller, Cronsforder Allee 105a.
C. Sandgaard, Augustenstr. 16. | Fackenburg u. Umgeg.
A. Süfke, Zimmermann,
Stockelsdorf-Lohe. |

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wann sich dieselben das Brot abholen können.

Die Kommission.

Geschäfts-Uebernahme.
Einem geehrten Publikum von Seeretz und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mein
Kolonialwaren-Geschäft
am heutigen Tage Herrn Hermann Kadow käuflich überlassen habe. Indem ich für das mir bewiesene Wohlwollen und Vertrauen herzlich danke, bitte ich dasselbe auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Karl Veldvoß.**
Auf obiges bezugnehmend, gebe ich einem verehrten Publikum hiermit das Versprechen, für gute Ware, zuvorkommende Bedienung besorgt zu sein und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.
Hochachtungsvoll **Hermann Kadow.**

Zu Gram
-mophon und allen anderen Sprech-, Gesang- und Musik-Apparaten empfehle meine beliebten **doppelseitigen neuen Tanz-Kuplet- und Konzert-Platten** von 1 Mk. 50 Pfg. bis 3.— Mk. Alte Platten nehme in Zahlung. **Edison-Goldschuß-Walzen**, zu allen Phonographen passend, 1 Mk. **Columbia-Hartgut** 75 Pfg. Wenn Apparate (auch die nicht von mir bezogenen) nach längerem Gebrauch in der Wiedergabe unschön werden, sohe tadellos wieder in Stand. Preise meiner Reparaturen wie bekannt **billigst.**
Musikhaus Jack, Königstraße 16.
NB. Köllisch, Otto Reuter und sonstige Mitfahrende werden eingetroffen. — **Musik-Vermietungen** zu Maskeraden und sonstigen Festlichkeiten bringe freudl. in Erinnerung.

Hansa-Halle
100 104 Fackenburger Allee 100 104.
Spezial-Ausverkauf der Hansa-Brauerei.
Halle meine Lokalitäten, großer Saal, abgeschlossene Nebenräume, sowie Garten, 3 Kegelbahnen, für größere und kleinere Festlichkeiten, Hochzeiten u. s. w. bestens empfohlen.
Außerdem empfehle größeren Vereinen sowie Gewerkschaften meine Lokalitäten als Sammelplatz für Trauerfestlichkeiten (Vorwerker Friedhof), einziges größtes Lokal in nächster Nähe, Friedhof in 8 Min. zu erreichen.
NB. Die zweite große öffentliche Mascherade findet auf so vielseitigen Wunsch **Sonntag, den 15. März, statt.**
H. Lüth, Hansa-Halle.

Öffentliche
Schuhmacher-Versammlung
am Dienstag, den 3. März 1908
abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
Die neunstündige Arbeitszeit im Schuhmachergewerbe.
Referent: Kollege Kammerow-Hamburg.
Alle Schuhmacher Lübecks sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Lokalkommission der Schuhmachergehilfen.

J. L. Baetens Gesellschaftshaus, Fackenburg.
Heute Montag, am Fackenburg Markttag:
Große Tanz-Musik.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-
arbeit, Künsthof 18

Metropol-Theater
Ulbeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.
Vornehmstes Stabliement
lebender, sprechender
u. singend. Photographien
Als besondere Attraktion
diese Woche

Der Depeschen-Courier.
Wunderbar realistische Episoden aus dem Kriege der Vereinigten Staaten gegen Spanien auf Kuba.
Ferner:

Traum der Modistin.
Reizendes Verwandlungsbild.

Herr „Sans Gène“
Bild von feinstem Humor.

Ruderer als Anfänger
Humoristischer Schlager.

Der Wurm mit dem Kalbskopf.
Komisch.

Die Frau des Schmugglers.
Drama.

Wunderbare Rüstungen.
Kol. Verwandlungsbild.

Der Waldmensch.
Wunderbares Bild.

Radlerins erste Ausfahrt.
Hochkomisch.

Fassbinderlied.
Tonbild aus Boccaccio.

Weibi, Weibi!
Reizendes Tonbild

u. das grosse Programm.

Hansa-Theater
Variété I. Ranges.
Eine schreckliche
Nacht
Pant.
Tilly Verdier
Gitarro Co.
Phoixes Co.
Ludwig Glaser
Bros. Larsen
Francois Rivoli
Kabarotts
Kind Spielzons
Marg. Kaban
D' Osta-Trio
Hansa-Bios-ope
Menigen
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Dienstag, den 3. März, 7 1/2 Uhr.
112. Abon.-Vorst. 23. Dienst.-Abon.
Ein Maskenball.
Oper in 5 Akten von Verdi.
Donnerstag und Freitag:
Zweimaliges Gastspiel
Maria Reisenhofer
vom Neuen Theater, Berlin.
Die Cameliendame.
Ein Tropfen Gift.

Mit Speck fängt man Mäuse.

In den bürgerlichen Tageszeitungen erscheinen fast täglich Annoncen, aus denen hervorgeht, daß Personen jeden Standes sich mit Adressenschreiben ein anständiges Einkommen sichern können. Ob: besondere Befähigung kann ein jeder einen Nebenverdienst (bei 1000 Adressen 8 Mk.) erhalten. Gutgläubige Menschen werden sich, wenn sie sonst kein gesichertes Einkommen haben, an die in den Annoncen angegebenen Adressen, in der Annahme, von da das Material zum Adressenschreiben zu erhalten. Darauf kommt aber solches nicht, sondern zunächst ein Brieflein, in dem es folgendermaßen heißt: Nach Zusendung von 1,75 Mk. (bestellgeldfrei) erhalten Sie von mir das zum Beginn erforderliche Material (Adressen und Schema) zugesandt und können Sie dann sofort für sich tätig werden. Dieser Betrag wird Ihnen autschrieben und schon bei Lieferung des zweiten Tausend Adressen an Sie wieder zurückgezahlt.

Wer recht vertrauenselig ist, schickt das geforderte Geld ein und erhält dann drei Zettel von Berlin geschickt in denen folgende Weisheit verzapft wird: Nachdruck aus dieser Information ist verboten und wird gerichtlich verfolgt. Da es sich nun in den allermeisten Fällen um Arbeitslose handelt, um die Ärmsten der Armen, müssen wir wohl oder übel aus der „Information“ einiges bekannt geben, um zu verhindern, daß nicht allzu viele 1,75 Mk. nach Berlin schicken. Es heißt da: „Das Schreiben und Vertreiben (sieht kommt schon das Vertreiben hinzu. Red.) der von mir zu beziehenden Adressen von Erwerb oder Nebenverdienst suchenden Personen beiderlei Geschlechts soll bezwecken, einerseits den Firmen zur Insertionskosten-Ersparnis zu verhelfen, andererseits können Sie sich durch das Adressenschreiben einen guten und dauernden Nebenverdienst verschaffen.“

Bis dato muß man immer noch der Meinung sein, die Berliner „Auskunft“, Inhaber A. Lüder, Lüderstraße 55, würde die Adressen bezw. das Material zum Adressieren liefern. Dem ist jedoch nicht so! Der Adressenverlag gibt seinen Abschreibern den Rat, täglich, um möglichst guten Erfolg im Adressenschreiben zu haben, in vier verbreiteten Zeitungen den Inseratenteil durchzusehen. Überall biete sich dazu Gelegenheit, überall gebe es Zeitungen, Zeitschriften, Fachblätter usw. Dann heißt es wörtlich: „Erwägen Sie dabei, daß alsbald ein jeder mindestens eine Zeitung liest.“ Der Adressenverlag gibt seine Ratsschläge an eine Person und fängt auf einmal an — ein jeder sollte lesen.

Doch offenbar ein Wink mit dem Zaunpfahl, daß der Verdienstsuchende seine Kinder und sonst weiß noch wen in Cafes auf die Zeitungsjagd schickt. Denn in der Information heißt es weiter: „In jedem Restaurant oder Cafe liegen mehrere Zeitungen oder Journale aus und in jeder größeren Stadt sind in den Lesehallen für 5 bis 10 Pfg. täglich circa 50 bis 100 verschiedene Zeitungen durchzulesen. In diesen Zeitungen finden Sie täglich mehr oder weniger Inserate, in denen allerorts Vertreter, Agenten, Hausierer, Leute zu häuslichen, schriftlichen oder gewerblichen Tätigkeiten, oder Damen zu verschiedenen Hausarbeiten gesucht werden. Solche Inserate kommen für Sie in Betracht und müssen Sie sich solche Firmen notieren, speziell solche, wo die betreffenden Personen allerorts gesucht werden, also nicht an einem einzelnen Orte.“

Nach der bisherigen Schilderung haben wir erfahren, daß zu dem ursprünglich angegebenen Adressenschreiben

hingugekommen ist das Adressensuchen in allerhand Zeitungen, die man an verschiedenen Orten leicht zur Hand bekommen kann. Jedenfalls ein ganz müßiges Geschäft, bei dem so ein armer Teufel, der auf den Rat hört, nicht das Wasser zur Suppe verdienen würde. Denn an keiner Stelle hat der „Adressenverlag“ bis jetzt noch dem Adressanten für das Auffuchen und Abschreiben der Adressen auch nur die allgeringste Entschädigung in Aussicht gestellt. Im Gegenteil, A. Lüder gibt in seiner Information weitere Erklärungen in dieser Weise: „An die Adressen solcher Inserate senden Sie so einen Prospekt, wie folgendes Schema.“ — In diesem Prospekt wird dem Inserenten, wie wir hier einschalten wollen, empfohlen, an Stelle der Aufgabe von Inseraten die Verbindungen — großartig, nicht wahr! — des Herrn Lüder zu benutzen und die zu kaufenden Adressen an Personen jeden Standes zu verkaufen. Der geschäftliche Erfolg sei, so wird in dem Prospekt behauptet, größer, als beim Annoncieren. 1000 Adressen kosten 18 Mk.

Diese Prospekte zum Verenden erhält nun der auf den Leim gegangene Adressenschreiber nicht unentgeltlich. Für 1000 Stück soll er 7 Mark nach Berlin schicken; ein Beweis dafür, daß das Material nicht für 1,75 Mark geliefert wird. Doch es kommt noch besser! In der Information heißt es dann recht einladend: „Die Adressen, welche bei mir täglich einlaufen und die Sie von mir beziehen können, sind von Personen aus ganz Deutschland. . . . Anbei sende ich 100 Adressen von Erwerb suchenden Leuten, die schreiben Sie ab. Wenn die erste Bestellung auf 100 Adressen kommt, können Sie diese sofort einlösen. Die weiteren Adressen zu größeren Bestellungen liefere ich Ihnen . . . pro 1000 Stück zu 6 Mk., hinzu kommen 4 Mk. für Porto, zusammen 10 Mk.“ — Es folgt dann noch eine Gewinnberechnung, nach der der Abschreiber, den der Lüder in seiner Information zum Suchen von Nummern und zum Adressenhändler hat aufsteigen lassen, mit Leichtigkeit 8 Mk. verdienen kann. Lüder liefert 1000 Adressen, die vielleicht aus alten Adressbüchern herausgeschrieben sind, zu 10 Mk. an seine Abschreiber und diese verkaufen dieselben dann an Geschäftsleute, d. h. wenn solche einfältige gefunden werden, die in die Falle gehen, für 18 Mk.

Es ist äußerst schwer, aus der „Information“ ein völlig klares Bild zu bekommen; die Druckchriften sind ohne jede klare Übersicht gehalten und die ganze Art des Verkehrs weist darauf hin, daß man es mit einem zweifelhaften Geschäft zu tun hat. Es kann deshalb nur dringend empfohlen werden, auf diesbezügliche Annoncen nicht zu reagieren.

Wie geht man an das Studium des Sozialismus?

In der „Neuen Zeit“, Heft 20, schreibt zu diesem Thema Genosse Karl Kautsky:

Diese Frage beantwortet in Nr. 2 und 4 des „Kampf“ der Genosse Otto Bauer. Die Antwort enthält bemerkenswerte Fingerzeige. Wir entnehmen ihr daher jenen Teil, der nicht bloß für die österreichischen, sondern für alle Deutsch redenden Genossen von Interesse ist. In Nr. 2 wird die Frage untersucht: Wie studiert man das Parteiprogramm? Es heißt da:

„Wer unser Parteiprogramm verstehen lernen will, wird am besten zunächst zu der von Adolf Braun heraus-

gegebenen Broschüre „Ziele und Wege“ (Berlin 1906, Verlag Vorwärts, Preis 20 Pfg.) greifen. Das Schriftchen enthält eine kurze und leicht verständliche Erläuterung unserer Gegenwartsforderungen. Eine treffliche Einführung in die in unserer Prinzipienklärung zusammengefaßten Gedankenreihen enthält die weiterverbreitete Broschüre „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ von Karl Kautsky und Bruno Schönlanck (Berlin 1906, Verlag Vorwärts, vierte Auflage).

Wer diese beiden Broschüren gelesen hat, kann sich dann an eine ausführlichere und gründlichere Erläuterung des Parteiprogramms heranwagen. Eine solche gibt Karl Kautsky in seinem Buche „Das Erörterungsprogramm“ (achte, wesentlich verbesserte Auflage, Stuttgart 1907, Verlag von J. H. W. Dietz). Das Buch gehört zu den klassischen Schriften des Sozialismus. Das Studium dieser Schrift ist für jeden, der unser Parteiprogramm studieren will, unerlässlich.

Will man das sozialdemokratische Programm gründlich verstehen, so muß man die klassischen Schriften der Bearbeiter des wissenschaftlichen Sozialismus studieren. Man beginnt dieses Studium am zweckmäßigsten mit der Lektüre der berühmten Rede Ferdinand Lassalles über „Das Arbeiterprogramm“ (Berlin 1907, Verlag Vorwärts). Die Rede zeigt uns die Besehung der Arbeiterklasse in einem großen historischen Zusammenhang; sie zeigt, wie die feudale Gesellschaft des Mittelalters von der bürgerlich-kapitalistischen abgelöst wurde und wie diese wiederum von der werdenden Gesellschaft deren Trägerin die Arbeiterklasse ist, abgelöst werden wird.

Hat die Rede Lassalles unseren historischen Blick geschärft, dann können wir es wagen, die „Geburtsurkunde des modernen Sozialismus“, die gemeinsame Quelle aller sozialdemokratischen Programme, zu lesen, das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels (Berlin 1906, Verlag Vorwärts). Wir lesen vom Kommunistischen Manifest zunächst folgende Abschnitte: I. Bourgeoisie und Proletariat, II. Proletariat und Kommunisten, IV. Stellung der Kommunisten zu den verchiedenen oppositionellen Parteien.

Der dritte Abschnitt des „Kommunistischen Manifest“ (sozialistische und ökonomische Literatur) macht uns größere Schwierigkeiten, da er geschichtliche Vorkenntnis voraussetzt. Zum besseren Verständnis dieses Abschnittes lesen wir die kleinere Schrift von Friedrich Engels über „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (Berlin 1907, Verlag Vorwärts). Sie zeigt uns, wie der durch das „Kommunistische Manifest“ begründete wissenschaftliche Sozialismus auf dem Boden erwachsen ist, den einerseits die Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie und andererseits die kritischen Leistungen des älteren utopischen Sozialismus urbar gemacht haben; so lehrt sie uns die historischen Wurzeln, aber auch die unterscheidende Eigenart des von Marx begründeten proletarischen Sozialismus kennen.

Das Verständnis der von uns genannten Schriften von Marx, Lassalle und Engels setzt die genauere Kenntnis ihrer Entstehungszeit voraus. Den Weg hierzu erschließt uns „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ von Franz Mehring (Stuttgart 1906, Verlag von J. H. W. Dietz).

Zum ersten Studium der sozialdemokratischen Gedankenwelt werden die von uns genannten Schriften genügen. Wer tiefer eindringen will, wird freilich noch fleißige Arbeit aus verschiedenen Wissensgebieten nicht scheuen dürfen.

So Otto Bauer. Es erscheint mir zweckmäßig, die

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(37. Fortsetzung.)

„Alles, was irgend Anspruch darauf machen konnte, im Palast zugelassen zu werden, hatte sich eingefunden, um der aufstehenden Sonne seine Ehrfurcht zu bezeugen, und wenn Wilhelm von Oranien nicht längst die Sklaven, welche sich vor ihm wanden, verachtet und verpöthet hätte, so könnte er es diesmal lernen. — Das Gebränge in den Vorläden des Prinzen war so groß, daß es vielen Männern von Rang unmöglich war, bis in das Empfangszimmer zu kommen, welche Pässe sie auch austreten und erhielten, und wie sie ihr Ansehen geltend zu machen suchten.“

Die Korporationen der City, der Richter und Advokaten, die Geistlichkeit und die vornehmsten und reichsten Männer wurden von dem Grafen von Devonshire dem Prinzen vorgestellt, der sie aufs schmeichelhafteste empfing. Wie anders war es doch zwischen dem jetzt und damals, wo Jakob hochmütig auf sie niederblickte, ihnen heftige Worte und Drohungen an den Kopf warf und sie fortjagte, ihnen den Rücken kehrend, wenn sie es wagten, ihm zu widersprechen. Der Prinz hatte für jeden ein freundliches Wort, hier eine Erinnerung, die Freude machte, dort eine Aufmunterung, da einen Dank, und über seine bronzenen Bügel lief ein belebendes Lächeln, seine Stimme drang beruhigend in die Herzen, sein Adlerauge sah bis in den Grund der Seele und belauschte die geheimsten Gedanken.

Diese Vorstellung dauerte mehrere Stunden. Von Zeit zu Zeit ward sie von dem unermesslichen Jubel der gedrangten Massen unterbrochen, die das Schloß umringten und ihre Hüte und Lächer schwenkten, wenn der Befreier, wie er genannt wurde, ans Fenster trat und sich verneigte.

„Nun,“ flüsterte Burnet seinem jungen Freunde Howe zu, der im Saale unter den englischen Offizieren des Prinzen stand, „nun, William, ist es nicht schön, diesen Tag zu erleben, und weckt er nicht Freude und Vertrauen auf die Zukunft?“

„Ich bewundere den Prinzen,“ erwiderte Howe, „er ist ein großer Schauspieler.“

„Seid Ihr toll, Freund,“ erwiderte der Doktor. „Ich sage Euch, er will Euch wohl. Die Zeit ist günstig, laßt sie nicht vorbeigehen.“

„Nein, Burnet,“ gab Howe zur Antwort, „ich habe an diesen Prinzen, der bald König sein wird, nur eine Bitte, nämlich die, mich in Gnaden zu entlassen.“

„Ihr seid ein Tor, Freund,“ lachte der Doktor. „Seht, da steht Churchill. Er hat den Auftrag, das Heer neu zu organisieren, und wird an die Spitze gestellt werden, obwohl,“ flüsterte er leise, „der Prinz ihn verachtet. Euch aber achtet er, und so jung Ihr seid, wird er Euch emporheben und zu wichtigeren Diensten verwenden.“

„Ich aber,“ rief Howe, „will mich nicht zu Diensten verwenden lassen. Ich bin ein unabhängiger Mann, und Euch kann ich's sagen, Burnet: der Prinz verachtet Churchill, ich verachte sie beide.“

„Schweig!“ flüsterte der Doktor erschreckt. „Welche Nartheit ergreift Euch. Der Prinz ist der erste Feld, der größte Staatsmann Europas. Die mächtigsten Fürsten verehren ihn, Völker liegen zu seinen Füßen. England betet ihn an.“

„Und ich verachte ihn,“ sagte William, „trotz aller seiner Größe, seiner Weisheit und seines Ruhmes. Ihr seht, Doktor Burnet, ich bin nicht für den Hof zu brauchen. Morgen reise ich mit Lätitia nach Northumberland.“

„Geh, Du trotziger Mann, geh,“ erwiderte Burnet mit einer Mischung von Ärger und Wohlgefallen in Stimme und Gesicht. „Du löst Dein Glück von Dir.“

„Ich nehme mit mir, was mein Glück ist,“ sagte er lächelnd. „Besucht uns in unserer Einfachheit, Ihr werdet uns zufrieden finden. Kommt zu uns, teurer Freund, wenn dieser Prinz König sein wird und es für gut findet, den unbekanntem Ratgeber von sich abzutun. Die Stunde wird nicht ausbleiben, glaubt es mir. Er wird Euch lohnen, wie er Jakob gelohnt hat.“

Burnet war nachdenkend geworden. Er drückte Howe die Hand und wendete sich ab. Der Prinz ging toben aus dem Saale und warf ihm einen einladenden Blick zu, den er verstand. — Nach einer halben Stunde war der Doktor mit wenigen Vertrauten allein bei dem neuen Herrscher, der stumm und regungslos in seinem Stuhle saß, während lange hin und her getritten wurde, was geschehen müsse, um ihn zum König zu machen.

Der größte Teil der Versammelten drang in den Prinzen, den Thron für erledigt zu erklären und sich die Krone mit dem Rechte des Eroberers aufzusetzen. Sei dies geschehen, so möge das Parlament zusammengerufen werden,

das keine Umstände machen würde, die vollendete Tatsache anzuerkennen.

Der Prinz schüttelte endlich lächelnd zu allen diesen Vorschlägen den Kopf. „Ihr Herren,“ sagte er, „vergeht nicht, daß ich in meinen Proklamationen feierlich versprochen habe, von keinem Eroberungsgelüste geleitet zu sein, nicht allein England, sondern dem ganzen Europa ins Gesicht. Das will ich halten. — Ein freies Parlament soll über alle Klagen entscheiden, diesem Parlament gebührt es auch, die Thronfrage zu bedenken.“

„Was kann es entscheiden, erwiderte einer der Lords, „so lange ein König vorhanden ist, der ein paar Meilen von London aufbewahrt wird, bis seine Partei sich wieder zusammensindet. Hoffe niemand, daß das Parlament ihm die Krone abprechen wird. Gätten Ew. Hoheit unseren Rat befolgen wollen, so wäre der König gefangen nach Vreda geführt worden, bis man ihm ein sicheres Plätzchen in den Kolonien angewiesen hätte.“

„Niemand, Mylord, würde ich dazu meine Hand geboten haben,“ rief der Prinz häutig und stolz. „Ich beklage es schwer genug, daß ich das Werkzeug sein muß, um meinem Schwiegervater Leid zuzufügen; nur in der Reinheit meiner Absichten finde ich meine Rechtfertigung. — Ich bin durch die Gewalt der Umstände dazu genötigt worden,“ fügte er ruhiger hinzu, „übrigens weiß ich zu gut, daß das weiche Herz meiner Gemahlin es nie dulden könnte, ihren Vater in einer holländischen Festung eingesperrt zu sehen.“

„Was aber soll geschehen in dieser schwierigen Lage?“ fragte Lord Devonshire. — „Wir können sicher sein, daß in wenigen Tagen die erschrockene Partei des Königs sich wieder sammelt. Schon hat sich der Erzbischof von York von uns zurückgezogen, andere werden seinem Beispiel folgen. Ew. Hoheit werden leben, wie die besten Lords morgen schon nach Rochester wallfahrten und ruhig dort Abbitte leisten.“

„Mein Wille ist,“ sagte der Prinz, „daß so schnell als möglich, schon in den nächsten Tagen die Häuser des Parlaments sich versammeln. Mögen sie unvollständig sein, versammelt, was sich versammeln läßt; nehmt zusammen, was unter Karl dem Zweiten im Unterbaue lag, fügt die Erwählten des Gemeinrats dazu, so wird eine Regierung vorhanden sein, mit der ich mich weiter verständigen kann.“

„Und der König Jakob?“ fragte eine tiefe Stimme. „Wir werden ja sehen,“ rief der Prinz, seine Adlerblicke umherwerfend, „wir werden sehen, was Ew. Majestät

von ihm gegebene Liste noch etwas zu erweitern. So halte ich es für notwendig, daß der Lernende, ehe er an mein „Einführung Programm“ geht, das Marxsche Schriftchen über „Lohnarbeit und Kapital“ liest. Es ist ein Muster populärster ökonomischer Auseinandersetzung.

An die Lektüre von Lassalles „Arbeiterprogramm“ würde ich raten, die seines „Bastiat - Schulze“ anzufügen, der die aus dem Arbeiterprogramm gewonnene Einsicht in leicht verständlicher Weise vertieft und erweitert.

Endlich aber würde ich raten, vor dem „Kommunistischen Manifest“ noch Engels „Lage der arbeitenden Klasse in England“ durchzuarbeiten, ein Werk, das heute viel zu wenig beachtet wird, das in anschaulichster und packendster Form schon die wichtigsten unter den Problemen der Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung entwickelt, die später im „Kommunistischen Manifest“ ihre Lösung fanden.

Soziales und Parteileben.

Wer will den Streik. Hier uns schon oft hervor gehobene Tatsache, daß bei Differenzen zwischen dem Unternehmer und den Arbeiterorganisationen es gerade die letzteren sind, denen es christlich um eine friedliche Auseinandersetzung zu tun ist, wird durch die statistischen Nachweisungen des Breslauer Gewerbegerichts über seine Tätigkeit als Einigungsamt wieder einmal bestätigt. Es wird dort mitgeteilt, daß zwar die freiwillige Anrufung des Gewerbegerichts, vor allem durch die Arbeiterorganisationen, gegen früher erheblich zugenommen hat, daß aber immerhin noch eine große Zurückhaltung zu beobachten sei, vielleicht in der Befürchtung, durch die Anrufung eine Schwäche zu verraten. In solchen Fällen hat das Gewerbegericht die Vermittlung von Amts wegen angeboten. Hier von ist von den Arbeitnehmern beziehungsweise ihren Organisationen regelmäßig Gebrauch gemacht worden, während die Arbeitgeber verschiedentlich von vornherein abgelehnt haben; in 4 von 18 Fällen mündeten auch die Verhandlungen, nachdem sie schon eingeleitet waren, noch abgebrochen werden, weil die Unternehmer sie weiter zu führen ablehnten, unter dem bekannten Vorwande, daß sie die Angestellten der Organisationen nicht als Vertreter der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter für legitimiert erachten können. Während es im Baugewerbe üblich geworden ist, ausschließlich von Organisation zu Organisation zu verhandeln und in einem Spezialgewerbe die Arbeitgeber sogar zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren, falls die Arbeiter sich verpflichten wollten, nur bei organisierten Unternehmern zu arbeiten, verhalten sich andere Gewerbezweige immer noch den Tarifverträgen gegenüber ablehnend. Klagen über Verletzung der Tarife durch die Arbeiter sind nur in ganz vereinzelten Fällen vorgekommen. — Wir fragen noch einmal: Wer will also den Streik?

Die Einigung der Maurer in Berlin ist nun vollendet. Die Maurer waren mit 3310 Mitgliedern die stärkste Gruppe der sogenannten „lokalistischen“ Gewerkschaften. Hoffentlich reizt ihr Beispiel auch die noch unerschlossenen zur Nachahmung, namentlich im Baugewerbe, wo die Vereinigung mit den Zentralverbänden allgemein beschlossen ist und nur durch einige anachronistische Querhölzer aufgehalten wird, die sich die aus jahrzehntelangen Bruderkämpfen leider noch teilweise vorhandene Bitterkeit zunutze machen. Statt so aber die Gedanken auf rückwärts zu wenden, ist es namentlich im Baugewerbe weit notwendiger, die künftigen Kämpfe ins Auge zu fassen, in denen man nur durch geschlossenes Zusammenhalten bestehen kann.

Die Gegen schön, der Lohn schlecht. Ein Drechsler erzielte auf Anfrage um Arbeit folgende Antwort:

Rheinische Spulenfabrik
Gesellschaft mit beschr. Haftung.
St. Goar a. Rh., den 11. Januar 1908.
Herrn R. F. Drechsler,
R. i. R.

Wir empfangen Ihre Postkarte vom 10. d. M. und sind Ihnen dankbar, Sie in unserem Verriebe als Drechsler einzustellen. Zu Ihrer Aufklärung bemerken wir, daß wir uns mit der Herstellung von einfachen Massenartikeln der Spulenbranche befassen. Die Arbeitszeit bei uns beträgt täglich 10 Stunden, von Vormittags 7—12 Uhr und nachmittags von 1—6 1/2 Uhr, mit einer viertelstündigen Frühstück- und Pausenzeit. Als Lohn würden wir Ihnen

einmalen 6—8 Mk. wöchentlich bei freier Station gewähren. Wenn wir nach einer gewissen Beobachtungszeit mit Ihren Leistungen zufrieden sind, würden wir die Vergütung erhöhen oder Ihnen Akkordlohn bezahlen. Unsere Fabrik liegt in schön er Gegend direkt am Rhein, direkt gegenüber der Loreley, von der Sie wohl schon mal gehört haben werden. Die nächsten größeren Städte sind Koblenz stark 1/2 Stunden Bahnfahrt, Mainz und Wiesbaden je 1 1/2 Stunden und Frankfurt a. M. circa 2 1/2 Stunden Bahnfahrt. Einem Verbands können Sie hier allerdings nicht angehören.

Achtungsvoll! Rheinische Spulenfabrik
G. m. b. H.
Brunner.

Der Drechsler hat auf das verlockende Angebot verzichtet.

Bürgerliche Wohlthätigkeit auf sozialdemokratische Kosten. Wir berichteten seinerzeit, daß die sozialdemokratische Druckerei in Genf wegen angeblicher Beleidigung einiger Dorfmatadoren durch den „Peuple“ zu einer Zivilentschädigung von 12000 Fr. verurteilt und hierauf die Druckerei zwangsweise verkauft wurde. Der Erlös belief sich auf 6406,25 Fr. und diesen Betrag haben die Vertreter einer Arbeitergenossenschaft verschiedenen Wohlthätigkeitsanstalten zugewiesen. Crispin Stahl den Reichen das Leder und machte den Armen Schuhe daraus. Diese bürgerlichen Politiker plündern die Arbeiter und frönen mit der Beute ihrer Sittlichkeit als „Wohlthäter“.

Die Arbeitsverhältnisse in den Hochöfenwerken. Der preussische Handelsminister hat auf den 7. März eine Besprechung anberaumt, in der 10 Arbeitgeber und 10 Arbeitnehmer kontradiktorisch über die Arbeitsverhältnisse in den Hochöfenwerken, Hochöfen- und Röhrenwerke, Stahlwerke, Eisenwerke, Röhrenwerke, Hammer-, Brech- und Werkzeugwerke aus- und einzuweisen werden sollen. Es werden bei dieser Gelegenheit Arbeitszeit, Schichtwechsel, Pausen, Sonntagsruhe usw. erörtert werden.

Die bestrafte Tendenz. Aus Halle a. S. berichtet man: Der Redakteur Leopoldi vom „Halleischen Volksblatt“ war vor der Strafkammer angeklagt, den Unteroffizier Schückebus vom 158er Regiment in Altenburg beleidigt zu haben. Der Musketier Meuschke, der als ein guter Soldat bekannt war, hatte sich eines Tages bei dem Majoratsobersten an dem Unteroffizier vergreifen. Die Folge war, daß er in die Arrestzelle kam und sich Anfang Dezember an seinem Tischenstuhl erhängte. Hierdurch entstand der Verdacht, Meuschke sei von dem Unteroffizier gemeinigt worden, was bekanntlich nie vorkommen soll. Tatsächlich war aber der Unteroffizier an dem Vorfall unschuldig. Nicht aber bloß die sozialdemokratische, sondern auch die bürgerliche Presse verlangte eine strenge Untersuchung des Falles. Und da stellte sich denn heraus, daß der Musketier den Angriff gegen den Unteroffizier infolge krankhafter Veranlagung unternommen hat. Im „Halleischen Volksblatt“ war aber vor Klarstellung des Falles angedeutet worden, Meuschke werde wohl gemeinigt, und ein Opfer des Militarismus sein. Einer Verurteilung des Generalkommandos wurde aber sofort Raum gegeben. Mehr als eigenartig im Gericht berührte das Auftreten des Zeugen Obern Ompfede, der mit Pathos erklärte: „Ich glaube, Meuschke ist ein Opfer der Verbeugung geworden. Einen Hinweis habe ich dafür allerdings nicht. Daß Meuschke verbeugt worden ist, ist aber meine Überzeugung und die Überzeugung der anderen Vorgesetzten. Sämtliche Vorgesetzten und auch die Kameraden bezeichneten Meuschke als einen willigen guten Soldaten und der Vater erklärte, er habe seinem Sohne den Rat erteilt, er solle nur seine Sache machen und folgen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Leopoldi sechs Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis, mit dem Hinweis, die Tendenz des „Volksblattes“ wirke „systematisch verbeugend.“

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Dresden erhöhte seit Anfang 1902 bis Ende 1907 ihre Auflage von 17000 auf über 33000. Sieben Redakteure sind angestellt und für Mitarbeiter wurden im Jahre 1907 27882,27 Mark ausgegeben. Daneben hatte der „Volksfreund“, das Kopierblatt für Cigarren, 17000 Abonnenten. Jetzt wird mit Hilfe der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in Zittau eine Druckerei gegründet und es wird als Organ für die Oberlausitz die „Volkszeitung“ herauskommen. Ferner werden unter dem

Titel „Volkszeitung“ separate Kopierblätter gegründet und in Dresden gedruckt für die Wahlkreise Meissen-Niesitz, Pirna-Sebnitz und Freiberg-Deberan. Beide letztere Zeitungen wird die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ verlegen, während die Meissener ihr Organ in eigenen Verlag nehmen.

Genosse Herbst ist von seinem Posten als Mitglied des Verwaltungsrates der sozialistischen Partei Frankreichs zurückgetreten und begründete in einem Briefe diesen Schritt nicht nur mit der Unmöglichkeit, während seiner einjährigen Gefängnisstrafe sein Amt ausüben zu können, sondern auch mit seiner Auffassung, daß es nötig sei, die Mitglieder des Verwaltungsrates jedes Jahr zu wechseln.

Resolution der russischen sozialdemokratischen Duma-Fraktion zur Terrordebatte. In der Dumadebatte vom 21. Februar über Unterstützung der „Opfer der rüberlichen Tätigkeit der revolutionären Parteien“, die in eine erregte Auseinandersetzung über den Terror und die Revolution ausliefe, beantragte die sozialdemokratische Fraktion nachstehenden Übergang zur Tagesordnung: „In Berücksichtigung: 1. daß die Regierung mit aller Kraft bestrebt ist, den organisierten planmäßigen politischen Kampf unmöglich zu machen; 2. daß sie in dem Vernichtungskampfe, den sie im Interesse der Privilegien eines Schlarfs von Feudalherren und Blutsaugern gegen das Volk führt, solche unweckmäßige Kampfmethoden zeitigt und großzieht wie den Terror; 3. daß der Vernichtungskampf, den die Regierung führt, die produktiven und kulturellen Kräfte des Landes zerstört, indem er Vorkämpfe, Strafexpeditionen, Hinrichtungen, Deportation der Freiheitskämpfer und Überfüllung der Gefängnisse zeitigt; 4. daß das vorliegende Gesetzesprojekt den Versuch darstellt, die provokatorische Politik der Regierung mit allen ihren unheilvollen Folgen zu unterstützen — lehnt die Reichsduma ihre Annahme ab und geht zur Tagesordnung über.“ Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Majoritätsparteien der „Derrumduma“ nicht nur diese Resolution ablehnten, sondern auch ihre Verlesung mit dem wütesten Lärm begleiteten.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsum- und Produktivgenossenschaft in Leeds, die mit ihren mehr als 50000 Mitgliedern und circa 33 Millionen Warenumfang die größte Konsumgenossenschaft der Welt ist, hat ihren zahlreichen Produktionsabteilungen, worunter sich eine Backerei, Mühle, Schlachterei, Wollensfabrik, Klempnerei, Schuhfabrik und Möbelfabrik befinden, als neuen Zweig eine Dampfwascherei hinzugefügt. Diese deckt ein Areal von 2508 Square Yards (1 Square Yard = 9 Quadrarfuß) und kostete einschließlich 40000 Mark für maschinelle Einrichtungen 170000 Mk. Die Leitung dieses Produktionszweiges rechnet mit einem anfänglichen wöchentlichen Umsatz von 5000 Mark. Die baulichen Arbeiten der Wascherei sind wie die der anderen 130 Wohn- und Betriebsgebäude von der eigenen Bauabteilung, die 250 Arbeiter beschäftigt, geleitet worden. Die Betriebsräume sind groß, hell und gut ventiliert, während die technischen Einrichtungen geradezu als Musterbeispiel dienen können, in wie hohem Maße heute schon häusliche Arbeiten maschinell erledigt und dadurch die Hausfrauen entlastet werden können. Durch die Konstruktion von Waschmaschinen, mittels deren ein Arbeiter so viel zu leisten vermag, als sonst drei, sechs oder zwölf Personen, werden die Herstellungskosten bedeutend vermindert; außerdem fließen die erzielten Überschüsse den Mitgliedern nach Maßgabe des Umlages wieder zu. Alle Wäschestücke werden beim Einang in besondere Behälter sortiert und dann nach dem Wäschraum befördert, wo sie zugleich mit einer Lösung von Seife und Soda in eine Waschmaschine mit durchlocherem Messingzylinder gelangen. Nach erfolgter Reinigung, die man durch schnelles Umdrehen des Zylinders erreicht, wird die Wäsche kalt gespült und dann in Schleudermaschinen vom Wasser befreit. Seiden-, Wolle-, Luxusartikel und gefärbte Stücke werden in einer Abteilung mit der Hand bearbeitet. Zum Trocknen gelangt alle Wäsche in einen Trockenraum, in den heiße Luft geleitet wird. Die weiße Wäsche wird auf sogenannten Kaländern zwischen mit Zilk befeuchteten und mit Dampf geheizten Metallzylindern getrocknet und zugleich geplättet. Außerdem sind besondere Einrichtungen zum Plätten von Kragen und zur Herstellung von Falten und Krausen vorhanden.

zu sagen hat. — Ich wünsche nichts als den Frieden und das wahre Wohl dieses Landes und will den Tag segnen, wo von neuem Volk und Fürst in glücklicher Eintracht zusammen wohnen.“

Er entließ die Versammlung, nachdem die schnellste Zusammenberufung des Parlaments festgelegt war, und jeder erhielt ein Lächeln und einen Dank auf den Weg; als er jedoch allein war mit Burnet, Zulestin und Ventin, sank seine Hüfte zu ihrer erzen Distanz zusammen, bis ein lächelndes Lächeln sie wieder belebte.

„Das Parlament wird ihm die Krone nicht abspucken“, sagte er vor sich hin, „aber ich soll es auf mich nehmen, ihm einen Ruheplatz in den Kolonien zu verschaffen! — O! ich kenne sie schon alle. Es wird dahin kommen, daß sie mein Recht bestreiten, an Marias Seite auf dem Thron zu sitzen.“

„Das größte Unglück für uns war es“, rief Burnet, „daß diese idelhaften Fächer ihn nicht gehen ließen. Der Thron ist erledigt, sobald er nicht mehr da ist. Selbst die Tories werden es nicht wagen, dies zu bestreiten. Wenn er aber nicht gehen will, so muß man Mittel ergreifen, es ihm für immer unmöglich zu machen.“

„Nicht!“ rief der Prinz mit einem finstern Blick auf den Doktor. Dann wendete er sich zu Zulestin und sagte mit seinem kalten Lächeln: „Sind meine Befehle in Rochester genau befolgt?“

„Das Schloß ist mit Wachen dicht umringt“, erwiderte der Baron, „aber der Park ist frei, das Wasser offen.“

„Wilhelm von Oranien nicht ihm freundlich zu.“ „So laßt es auch frei“, sagte er. „Wir wollen seinen Gefangenen bewahren; nur zu seiner eigenen Sicherheit und des allgemeinen Besten wegen hält sich der König in Rochester auf. Man soll nicht sagen, daß wir grausam sind. Paktet Euch ruhig, die guten Nachrichten werden nicht ausbleiben.“

Die Vertrauten lachten, sie wußten, was der Prinz meinte, und seine Klingheit war gewöhnt, so sein zu rechnen; sie lächelte sich so selten, daß niemand daran zweifelte, sein Plan werde gelingen, ohne daß die geringste Gewaltthat angewendet zu werden brauchte, und niemand in der Welt die Hand gegen ihn erheben konnte.

Am nächsten Tage empfing der Prinz seine Schwägerin, die Prinzessin Anna, die mit dem Es-Iti possible, ihrem dänischen Gemahl, und ihren vertrauten Freunden, dem Ehepaar Churchhill, in St. James-Palast erschien.

Eine geheime Unterredung fand statt, der Prinz überläste die schwache Prinzessin und ihren albernem Gatten mit zärtlichen Liebesworten.

„Aber was soll aus meinem Vater werden?“ sagte Anna. „Ergebt Euch darin“, erwiderte Wilhelm, „Ihr werdet ihn nicht wieder sehen.“

„Wollt Ihr ihn empfangen, oder was wollt Ihr mit ihm machen?“ fragte sie gleichgültig.

„Nicht doch“, sagte er, „wir wollen seinem großmütigen Freunde, dem großen Ludwig von Frankreich, ein kostbares Geschenk mit ihm machen.“

„Und Em. Hoheit wird sich die Krone von England aufsetzen?“ fragte Anna.

„Wer jagt das?“ fragte er überrascht.

„Man erzählt es sich auf allen Straßen“, fuhr die Prinzessin fort. „Die guten Bürger von London freuen sich auf einen glänzenden Krönungszug.“

„Ist es möglich?“ rief der dänische Prinz.

„Seure Anna“, sagte Wilhelm, „wenn das waltende Schicksal mich auf diesen Thron ruft, den ich neben meiner Gemahlin, Eurer älteren Schwester, nur bestiegen kann und will, wer wird die Früchte davon ernten, wenn mein Leben in Sorgen und Unruhe vergeht, um Frieden und Ordnung in diesem Lande herzustellen? — Ihr allem! — Ich habe keine Kinder, Euch und den Euren fällt zu, was ich aufbaue, für Euer Geschlecht wache und arbeite ich; überdies aber soll ein feierlicher Akt Euren Kindern die Thronfolge sichern, im Fall, was Gott verhüte, Marie stürbe und ich zu einer zweiten Heirat schritte.“

Die Prinzessin zeigte sich zufrieden, sie lächelte. — „Und meine Einkünfte bleiben mir“, sagte sie.

„Es soll Euch nichts geschmälert werden. — Geht mit mir Hand in Hand und denkt daran, daß nur so Euch die Zukunft gehört. — Wenn König Jakob wiederkehrt, habt Ihr nichts zu hoffen.“

„Er darf nicht wiederkehren!“ rief die Prinzessin. „Schafft ihn fort. Er würde mir nie vergeben, was ich gegen ihn getan.“

„Euch so wenig als Eurer Freundin, Mistress Freeman“, jagte der Prinz lächelnd. „Churchill, welcher der Gegenwart seiner glühenden Rachlust ist, würde wohl noch über fortkommen. Nun, seid unbesorgt“, fuhr er fort. „Ich habe Churchill zum Oberbefehlshaber des neu organisierten englischen Heeres ernannt und werde ihn zu beschützen wissen. Was den Prinzen von Wales betrifft —“

„Kennt seinen Namen nicht?“ rief die Prinzessin. „Nie werde ich an einen solchen Prinzen glauben, der erfunden wurde, um meinen Kindern ihr Erbe zu entreißen.“

„So sind wir ganz einig, und glaubt mir, wir können

nichts Besseres tun. Nur wenn wir einig sind, werden wir den Parteien und unrem Feinden widerstehen. Doch laßt sie kommen. Als Schild und Hort der protestantischen Kirche Englands werde ich weder Irländer noch Schotten fürchten. Weil er ein Papist war, darum ist Jakob gefallen. Nie wird ein katholischer Fürst wieder in London einziehen, aber die Katholiken werde ich schützen, wenn sie vernünftig sein wollen, so viel ich kann, und von den alten Rechten und Freiheiten dieses Landes soll dem Volke kein Mittelchen verloren gehen. Ich werde sie sichern, weil ich es will und muß.“

Am folgenden Tag wurde die Versammlung der Rates eröffnet, es waren ihrer an siebenzig beisammen. „Mylords“, sagte der Prinz, „ich habe gewünscht, daß Ihr hier zusammenkämet, um Rat über die beste Art zu pflegen, wie zum Ziele meiner öffentlichen Erklärung gelangt werden mag. Das heißt, es soll ein freies Parlament berufen werden für die Erhaltung der protestantischen Religion, die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten des Volkes und ihre Sicherstellung, damit sie nie Gefahr laufen mögen, noch einmal von einem Könige dieses Landes angegriffen und umgestürzt zu werden.“

Ein freudiger Beifall befohlte ihn dafür. — Lord Schrewsbury stand auf und sagte: „Es gibt nur einen Wunsch, der ganz England befeelt, der Wunsch innigster Dankbarkeit für den edlen Prinzen, der uns von grenzenloser Tyrannei befreite.“

„Und der uns nie verlassen möge, so lange noch eine Gefahr vorhanden ist“, fügte ein anderer hinzu.

„Mylords“, sagte der Prinz sich verbeugend, „ich danke Ihnen. Erwägen Sie, was Sie zum Wohle des Vaterlands zu tun haben. — Berufen Sie so schnell als möglich das Parlament; was dies bezieht, werde ich zu beschützen wissen.“

Mit diesen Worten ging er; er wußte, daß sein Spiel gewonnen war. — Er mürrte sein Heer unter dem Jubel des Volkes; wo er sich zeigte, begleitete ihn der Beifall; das Volk war ganz Liebe und Verehrung, als der Prinz das Abendmahl aus den Händen des Bischofs von London nahm.

„Was können denn diese armen Lords noch tun“, rief Burnet lachend. „Wenn Jakob nicht davon läuft, müssen sie ihn ablegen. König kann nur Wilhelm jetzt noch sein, und er ist es schon. — Es lebe die Weisheit, welche die Dummheit zu benutzen versteht, und der Henker hole den Narren, der drei Königreiche für eine Messe fortzugeben hat!“

(Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 29. Februar 1908.

112. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Eingegangen sind die Novellen zur Zivilprozessordnung.

Die erste Lesung der gestern mitgeteilten Novellen zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt.

Dr. Wachnietz (Fp.) gibt zunächst unter minutenlanger Heiterkeit der Sozialdemokraten eine Definition der Blockpolitik: Blockpolitik heißt, freisinnigen Grundsätzen (Stamm, Vachen im Zentrum, b. d. Soz.) Geltung zu verschaffen. Durch die Niederlage der Sozialdemokratie hat die Blockpolitik einen neuen energischen Aufschwung genommen. (Inhaltliche große Heiterkeit bei den Sozialdem.)

Ministerialdirektor Caspary wendet sich gegen die geistigen Ausführungen des Abg. Wollenbuhr.

Schmidt-Altenburg (Rp.) wünscht, daß man bei Arbeiterbeschäftigung mehr auf die Arbeitgeber hört.

Wahrens (Wirtsch. Bgg.) steht im allgemeinen den Vorlagen sympathisch gegenüber, hält ihre Bestimmungen aber für zu zaghaft. Ein völliges Verbot der Heimarbeit ist zwar nicht wünschenswert; man müßte den in ihr herrschenden Mißständen aber weit energischer entgegenzutreten, als es dieser Entwurf tut, der aber doch einen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet. Redner wendet sich ziemlich scharf gegen die Konkurrenzklause und den Mißbrauch, den die Unternehmer mit Ausfertigung und schwarzen Listen treiben.

Lang (Fp.) steht gleich dem Abg. Wachnietz der Vorlage durchweg sympathisch gegenüber.

Oldenburgischer Bundesratsbevollmächtigter v. Gucke-Adenhausen bezieht sich gegenüber dem Abg. Wollenbuhr, daß die oldenburgische Regierung in bezug auf Zustellung von Gesetzesvorlagen usw. schlechter behandelt werde, als der Zentralverband der Industriellen. (Zeit. rechts.)

Werner (M.) begrüßt im allgemeinen die Vorlage.

Dr. Fleischer (Fp.) spricht pathetisch über die Bedeutung der internationalen Verträge für den Arbeiterschutz und feiert Kaiser Wilhelm II.

Dr. Gönge (M.) warnt vor zu großer Erschwerung der Heimarbeit in der Zigarrenindustrie.

Geyer (S.D.): Mit unierer geistern von meinem Freunde Wollenbuhr zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, daß die Novellen arbeiterfreundlich sind, stehen wir durchaus nicht allein da. Die ausschließlich aus Nationalliberalen bestehende Handelskammer in Vahr hat den Vorgesetzten über Regelung der Heimarbeit in der Tabakindustrie als nur zum Schaden der Arbeiter dienend bezeichnet. Daß speziell diese Vorlage arbeiterfreundlich ist, ist freilich kein Wunder; sie ist das Produkt einer Vereinbarung zwischen Regierung und Unternehmern. (Hört, hört! bei den Soz.)

Seit der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat sich die Heimarbeit in der Tabakindustrie ausgebreitet, zunächst als Überarbeit neben und nach der Fabrikarbeit. Von Anfang an haben die organisierten Arbeiter diese hässliche Überarbeit als zu Lohnkürzungen führend bekämpft. Das Sozialistengesetz zerstörte die damaligen Tabakarbeiterorganisationen und unterbrach damit den Kampf gegen die Heimarbeit. Sobald sich wieder Organisationen bildeten, nahmen sie auch den Kampf gegen die Heimarbeit wieder auf, die sich speziell infolge der Tabakzollerhöhung vom Jahre 1879 rapide ausbreitete hatte, da die Unternehmer die Heimarbeit als Mittel benutzten, die Zollerhöhung auf die Arbeiter abzuwälzen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Außerdem verlegte damals die Unternehmer die Fabriken auf das plattländische Land, wo es billigere Arbeitskräfte gab. Schon auf dem Kongress von 1889 in Erfurt verlangten die Tabakarbeiter von der Regierung das Verbot der Heimarbeit. Nur durch das Drängen der Arbeiterorganisation kam die Enquete über die Heimarbeit zustande, der sich die Unternehmerorganisationen immer widersetzt haben, weil die Unternehmer nur zu gut wissen, daß ihr Profit durch die Beschränkung der Heimarbeit gleichmäßig wird. Bei der Enquete hat sich die Regierung natürlich immer nur an die Unternehmer gewandt, niemals an die Arbeiterorganisation. Daher fiel denn auch das Resultat sehr einseitig aus. Das wertvollste Material haben die Arbeiter freiwillig der Regierung geliefert. Eine von den Arbeitern veranstaltete Enquete hat die grauenhaften Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter in der westfälischen Tabakindustrie enthüllt. Dadurch, daß sie weite Konsumentenkreise mit tuberkulöser Ansteckung bedrohten, wurde gerade das Interesse der Öffentlichkeit erregt. — Als die offizielle Enquete abgeschlossen war, d. h. ein Jahr später, lud die Regierung eine Konferenz von Unternehmern und Arbeitern der Tabakindustrie zusammen. Die Unternehmerorganisationen waren vertreten, aber nicht die Arbeiterorganisationen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Zwei von den Unternehmern vorgelegte Hausarbeit waren zugunsten und selbst von diesen sprach sich einer für das Verbot der Heimarbeit aus. Nach der Konferenz hat es dann 6 Jahre gedauert, bis die Regierung mit diesem Gesetzentwurf gekommen ist. Der Vorwurf der Schnelligkeit trifft diese sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit sicher nicht. (Zustimmung bei den Soz.)

Daß den Unternehmern die Heimarbeit gefällt, ist begreiflich: sie erlaubt ihnen, an Löhnen, an Miete, Licht, Heizung usw. zu sparen und dadurch ihren Profit zu erhöhen. Der erschreckend niedrige Durchschnittslohn der Tabakarbeiter, 524 Mark pro Jahr, wird erst durch Mitarbeit der ganzen Familie erzielt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Anhänger der Heimarbeit wissen an ihr gewisse Vorzüge zu rühmen. Sie sprechen von einer wohlthätigen Verbindung von Industrie und Landwirtschaft. Dabei hat schon der verdienstvolle badiische Fabrikinspektor Wörtschöfer nachgewiesen, daß sich der Zwergwuchs des ländlichen Tabakarbeiters nie über die zweite Generation hinaus vererbt. Herr Sielermann sprach von dem eigenen freien Willen der Heimarbeiter. Als Abgeordneter sollte er doch wissen, daß das Wesen der Gesetzgebung in der Unterordnung des Einzelwillens unter den Gemeinwillen besteht. Dem angeblichen Vorteil der Heimarbeiter stehen sehr reelle Nachteile gegenüber. Die billigen Löhne der Heimarbeiter wirken lohnrückend auch auf die fabrikmäßige Tabakproduktion zurück. Ein weiterer, außerordentlich gefährlicher Mißstand der Hausindustrie ist die Kinderarbeit und die durch sie und durch die schrecklichen Wohnungsverhältnisse herbeigeführte hohe Kindersterblichkeit, wie denn überhaupt die Gesundheitsverhältnisse der Tabakarbeiter außerordentlich schlecht sind. Es ist anzuerkennen, daß ein Teil der Unternehmer die Existenz der Mißstände anerkennt und, sei es durch Abereinkommen zwischen den Unternehmern, sei es durch staatliches Verbot, sie zu beseitigen wünscht. Die anständigen Unternehmer wissen sehr wohl, daß die Heimarbeit geradezu die Schwulstkonkurrenz begünstigt. — Was nun die Vorlage selbst anlangt, so ist sie trotz der vielen Jahre, die die Regierung zu ihrer Ausarbeitung gebraucht hat, nichts als ein Abklatsch der Bestimmungen für die Zigarrenfabriken. Neu sind nur die Bestimmungen bezüglich der Beschäftigung von Kindern, die aber sehr unvollkommen sind, zumal die Kontrolle fast unmöglich ist. Es handelt sich also auch hier

um eine Sozialpolitik, die nur reglementiert, ohne die Verhältnisse wirklich zu bessern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dazu kommt, daß noch Übergangsbestimmungen bis 1913 gelten sollten. Wenn es den Arbeitern nicht gelingt, nach Inkrafttreten des Gesetzes höhere Löhne durchzusetzen, wozu sie erst viel besser organisiert sein müßten, bedeutet die Vorlage für sie eine direkte Schädigung, da sie ihnen höhere Mieten für bessere Wohnungen auferlegt. Man sollte lieber die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie gleich ganz beseitigen. Dies wäre sofort die Folge, wenn die Regierung daran denken würde, ein Tabakmonopol einzuführen, weil dann die Beseitigung aller Hausarbeiter in ihrem eigenen Interesse liegt. Mit seinen Bestimmungen gegen die sanitären Verhältnisse in der Heimarbeit der Tabakindustrie schwebt der Entwurf vollkommen in der Luft. Denn eine Kontrolle dieser Bestimmungen ist unmöglich. Herrn Schmidt-Altenburg und anderen Unternehmern geht selbst dieser Entwurf noch zu weit; sie wollen ihn völlig zu einem Aktentwurf für den Papierkorb zusammenschreiben. Dadurch muß der Entwurf den Spott der Öffentlichkeit herausfordern. (Lebh. Widerspr. b. d. Mehrheitspartei. Zeit. b. d. Soz.) Warum beschränkt die Regierung die Bestimmungen auf die Zigarrenindustrie und nimmt die Zigarrenindustrie aus. In der Zigarrenindustrie sind die Schäden mindestens ebenso groß. Darf doch die bürgerliche Presse selbst darauf hingewiesen, daß in dieser Industrie die Arbeiterinnen gezwungen sind, sich einen Nebenverdienst auf der Straße zu suchen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Namen der organisierten Arbeiter der Tabakindustrie fordere ich Sie auf, das völlige Verbot der Heimarbeit auszusprechen. Tun Sie das nicht, so beweisen Sie, daß Sie nicht arbeiterfreundlich sind, sondern arbeiterfeindlich. (Lebh. Beif. b. d. Soz. Widerspr. b. d. anderen Parteien.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Außerdem zweite Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilte Bankdirektoren. Der Prozeß gegen die Direktoren und Mitarbeiter der Preussischen Kreditbank, G. m. b. H., Jäger und Genossen, ist nach achtstündiger Verhandlung in Berlin in später Abendstunde beendet worden. Der Bankdirektor Erich Jäger ist wegen Verleitung zum Meineid, Beihilfe zur Untreue, schwerer Urkundenfälschung in drei Fällen, versuchten Betruges und Unterschlagung zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft verurteilt worden. Der Agent Marwitz wurde wegen Untreue zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft, der Kaufmann Steinbock wegen Verleitung zum Meineid zu 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft, Frau Marwitz wegen Verleitung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Kaufmann Hartz ist freigesprochen.

Ein Schuttmann, dem nicht geglaubt wurde. Bekanntlich gehört in Preußen fast immer ein Duzend Fingerringe dazu, wenn die Aussage eines Schuttmannes vor Gericht geschützt werden soll, und mitunter gelingt es auch da noch einmal. In Spandau wurde aber vor dem dortigen Schöffengericht der Polizeierzuchtmeister Schöndel von drei Zeugen völlig nicht gefast. Er sagte unter seinem Eide aus, der auf der Anklagebank sitzende Vorzeckarbeiter Hördel habe an dem denkwürdigen Wahlrechtsonntag (12. Januar) nach den Demonstrationssammlungen auf dem Marktplatz mit der Menge „geschrien“, „gejöhlt“ und „Hoch ausgebracht“, woraufhin er ihn verhaftet habe. Drei Arbeiter bezeugten dagegen übereinstimmend, Hördel sei mit ihnen aus der Versammlung gekommen und sie seien ruhig ihres Weges gegangen. Der Antragsanwalt beantragte selbst die Freisprechung des Angeklagten, weil man nicht annehmen könne, daß die drei Zeugen einen Meineid geschworen; der Beamte müsse sich geirrt haben. Das Gericht schloß sich dieser Meinung an und sprach den Angeklagten frei. Der Seitenheit des Falles wegen registrieren wir ihn hiermit.

Ein Polizeiprozeß gegen die „Freie Presse“ fand am 16. Februar abermals vor der Obersten Strafammer statt. Es handelte sich um einen Artikel, betitelt: „Ein Polizeirichtchen aus dem Gelpetal“, der in Nr. 109 der „Freien Presse“ vom vorigen Jahre erschienen ist und weswegen sich Genosse Oskar Hoffmann als verantwortlicher Redakteur zu verantworten hatte. Mitangeklagt waren die Arbeiter Finger und Pachtisch, welche mit den Polizeibeamten Eberhard und Wefers ein Rencontre gehabt und gegen diese wegen Mißhandlung im Ante Strafantrag gestellt hatten. Man hatte aber den Spieß umgedreht und die Mißhandlungen auf die Anklagebank gebracht. Nach sechsstündiger interessanter Verhandlung wurden Finger und Pachtisch zu 30 Mk. bzw. 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Genosse Hoffmann hingegen erhielt 100 Mk. Geldstrafe. Beantragt waren sechs Wochen Gefängnis. Der § 193 wurde dem Genossen Hoffmann wiederum nicht zugebilligt.

Wieder ein böswilliger Majestätsbeleidiger. Im Wirtshaus bekam der Schneider Kaver Greil in Rumburg (Oberpfalz) mit seinem Vater Streit, weil der Vater eine andere als seine wirkliche Geliebte heiraten sollte. Im Wirtshaus meinte u. a. der „politische Verbrecher“: Ich heirate meine Kei und wenn der Prinzregent sagt, ich darf net, dann... Wegen „Majestätsbeleidigung“ verurteilte das Landgericht in Amberg den einfräftigen Vurlichen zu 1 Monat Gefängnis, trotzdem der neue, im „Reichsanzeiger“ publizierte Majestätsbeleidigungsparagraf ausdrücklich bestimmt: Die Beleidigung ist nur dann strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Verleugung begangen wird.

Der diebische Ordnungshüter. Der inzwischen aus dem Dienst entlassene Schuttmann Karl Müller aus Mainz hatte, zur Schuttmannschule in Darmstadt kommandiert, im Dezember v. J. an einer Sanitätsübung dieser Schule teilgenommen, wobei er nebst einem Kameraden an dem einen Scheintoten darstellenden und auf einer Tragbahre liegenden anderen Schuttmann mit künstlichen Atmungsbewegungen beschäftigt war. Dabei hatte er das dem „Scheintoten“ aus der Tasche gefallene Portemonnaie mit 24 Mk. Inhalt heimlich zu sich gesteckt. Nachträglich stellte er die Wegnahme als Scherz mit der Absicht der Rückgabe dar, doch wurde er in zwei Instanzen des Diebstahls schuldig befunden und zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wegen Mißhandlung eines Verhafteten wurde der Schuttmann Georg Krommelbein von der Strafkammer in Mainz zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte einem Eistierten mit der Faust unter das Kinn gestoßen.

Aus Nah und Fern.

Was es zu einer Fürstenhochzeit alles braucht, das konnten unsere Genossen in Unterhausen bei Sersitzlich beobachten, ein gewöhnlicher Sterblicher hat ja

davon gar keine Ahnung! Am 1. März findet auf Schloss Oberstein die Hochzeit Ferdinands von Bürgarien mit der 40jährigen Eleonore von Reuß-Rastatt statt. Zu den Festlichkeiten wird auch als Vertreter des Juren, der sich selbst nicht aus dem Bau herausmagt, der blutige Wadimir, der russische Großfürst, erwartet. Aus dem Grunde ist den Herrschaften eine heillose Anarchisten- und Nihilistenfurcht in die Knochen gefahren, so daß alle erdentlichen Sicherheitsmaßregeln angeordnet werden. Aber das wissen ja die Leser, daß bei solchen Gelegenheiten derartige Vorbereitungen getroffen werden, sie wissen auch, daß die Fürsorge für die leiblichen Bedürfnisse solcher Herrschaften auch große Umsicht erfordert, denn da will etwas geboten sein. In diese Vorbereitungen sind nicht Neues, sie kehren regelmäßig wieder bei allen derartigen Gelegenheiten. Aber es r rden noch andere Vorkehrungen getroffen bei den Vat. stw. iten, deren vaterländisch und echt national fühlendes Herz fast an zerbringen droht vor Begeisterung, wenn ein leibhaftiger Fürst Hochzeit feiern will. Eine eigenartige Vorbereitung zu dem Feste wurde am letzten Freitag vorgenommen. Die Schulkinder von Unterhausen wurden an diesem Tage ganz plötzlich aus dem Unterricht herausgerissen, sie mußten auf dem Schulhofe antreten und auf Kommando der Lehrer laut Hurra! schreien. Währenddem fuhren eine Anzahl Hofgeschirre am Schulhof vorbei. Es ließ sich aber niemand sehen, die Geschirre waren leer! Nun wird man sagen, das Hurra-schreien der Kinder hatte dann doch keinen Zweck — aber weit gefehlt, das ist nicht so! Man hat vielmehr die Schulkinder dazu benutzt, um die Pferde bis zur Hochzeitstagsfeier an das Hurra-schreien zu gewöhnen. Also um die Pferde an die bestellten und befohlenen Hurra-Ovationen zu gewöhnen, war man mit den Hofgeschirren an den Schulhof gefahren, hatte dort die Schulkinder auf den Hof befohlen, um die Pferde an die Hurra-brüller zu gewöhnen. Weiter kam der grobe Unfug gewiß nicht mehr getrieben werden! Es wird doch niemand glauben, daß dieser Vierdedreißer von den Schulkindern freiwillig oder auf Veranlassung der Lehrer vorgenommen wurde. Nein, Pferde, Kutscher, Schulkinder und die Volksschullehrer wurden zu diesem Vorbereitungsdiens kommandiert, genau so gut, wie sie zu den Ovationen kommandiert werden.

Respekt vor Spitzbuben. Folgenden Schildbürgerstreich aus der Berliner Justizbureaukratie meldet der „L.A.“: Vor kurzem gelang es der Kriminalpolizei, eine Geldschrank-einbrecherbande, deren unvorsichtige Verabredung von einem Beamten belauscht worden war, nach langen Nachforschungen zu ergreifen. Jetzt sind vier der gefährlichsten Vurlichen infolge eines Verfehlers wieder auf freien Fuß gesetzt worden, trotzdem alle Mitglieder der Bande ein umfassendes Geständnis abgelegt hatten. Einer der Verbrecher war früher Mitglied einer Bande des „Einbrecherkönigs“ Risch gewesen und erst vor einigen Wochen, weil man ihn nicht überführen konnte, aus der Untersuchungshaft in Dresden entlassen worden. Die Verhafteten gestanden unter der Last des Verweismaterials schließlich acht Geldschrank-Verabredungen ein und machten sich auf langjährige Zuchthausstrafen gefaßt. Nun wird der erite Haftbefehl des Untersuchungsrichters im allgemeinen stets nur für einige Tage bis zu einem Termin ausgesetzt, an dem der Beschuldigte nochmals vorzuführen ist. Dabei entscheidet es sich, ob die Untersuchungshaft bestehen bleibt oder nicht. Durch das Verhehlen des Untersuchungsrichters wurde für vier Mitglieder der Geldschrank-Einbrecherbande die Erneuerung des Haftbefehls nicht verfügt, so daß die Direktion des Untersuchungsgefängnisses, nachdem die Vurlichen von der Vernehmung zurückgebracht worden waren, sie so gleich freilassen mußte. Zu spät bemerkte man das Verhehlen; die gefährlichen Verbrecher waren längst über alle Berge. Soweit bisher bekannt geworden ist, sollen sie Berlin nach der überraschenden Freilassung eilig verlassen haben. Jedenfalls wird es wiederum großer Bemühungen bedürfen, ihrer habhaft zu werden.

Eisenbahnunfall. Donnerstag nachmittags 4 Uhr 9 Min. entgleiten bei der Durchfahrt des Bedarfs-Güterzuges 7512 von Koplau nach Göthen am Südende des Bahnhofs Dessau 13 leere Güterwagen. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Verletten sind nicht verletzt worden. Zehn Wagen wurden stark beschädigt. Beide Hauptgleise von und nach Göthen und das Hauptgleise Dessau - Bitterfeld wurden gesperrt. Die Reisenden bei den Personenzügen 681 und 682 von und nach Göthen mußten an der Unfallstelle umsteigen. Der Personenerverkehr von und nach Bitterfeld wurde nicht gestört. Das Gleise Dessau-Bitterfeld war um 5 Uhr 55 Min. nachm. und das Gleise Alten-Dessau um 8 Uhr 10 Min. abends wieder frei.

Der Münchener Polizeimord. Der Münchener Staatsanwalt hat nun doch gegen den Schuttmann Schauer, der den Studenten Moschel erschossen hat, Anklage wegen Körperverletzung mit Todesfolge erhoben.

Im Militärgefängnis in Amiens meuterten die Sträflinge und zertrümmerten die Einrichtungen der Werkstätte; sie bedrohten auch die Wächter. Genarmierte und Jäger mußten aufgeboten werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Die Meuterer ergaben sich aber erst, nachdem sie mit einer Feuerprüge bearbeitet worden waren.

Schreckenstat eines Geistesgestörten. Der 67jährige Invalide Heinrich Müllhausen (Stah), der schon öfters schon zeitweiser Geistesstörung gezeigt hat, schlug eine Frau Schorau, die in demselben Hause wohnte, während einer Unterhaltung plötzlich in einem Wahnsinnsanfall mit einem schweren hölzernen Stöber mit aller Macht auf den Kopf und zertrümmerte der Frau die Schädeldecke. Dann bearbeitete der Wahnsinnige die am Boden liegende Frau weiter mit diesem Instrument so fürchterlich, daß sie bald den Geist aufgab. Eine andere hinzukommende Frau wirgte er am Hals und hätte sie auch umgebracht, wenn ihr Mann sie nicht befreit hätte. Als der Weis wieder zu sich kam und hörte, was er getan hatte, stellte er sich selbst der Polizei.

Die bekannten Briefe. Ein ergötzliches Stückchen aus einem kleinen Westermaldorte berichtet die Zeitung „Der Westermaldor“, wie folgt: Der Lehrer an einer Bürgerschule unseres Landkreises hatte dieser Tage seinen Schülern die Aufgabe gestellt, Geschäftsbriefe, Bescherdebriefe an Behörden, Mahnbriefe, oder auch Todesnachrichten usw. aufzufassen, zu kwertieren und mit entsprechender Adresse (an Verwandte, Bekannte usw.) zu versehen. Das geschah jeder Schüler brachte seine Arbeit teils lächerlich mit. Die fertigen Briefe nahm der Lehrer zum Zwecke der Korrektur mit nach Hause. Er legte sie auf den Schreibtisch und beschloß sein Tagewerk bei dem gewohnten Abendessen. Seine Wirtin betrat die Arbeitsstube, um nach dem Rechte zu sehen; dabei erblickte sie auf dem Tische die große Korrespondenz. Da ihr die Besorgung von Briefen nie immer als eine Hauptpflicht erschien, so trug sie alle mit dem schätzenswertigsten Haupttagewerk. Hier machte sie der Beamten darauf aufmerksam, daß die Briefschaften mit „frei“ bezeichnet seien. Ohne weitere Bedenken legte die dienstfertige Wirtin das Porto aus. Am anderen Tage erklärte sich der verhängnisvolle Irrtum auf, aber die Stillsproben hatten schon ihre Reise in die weite Welt angetreten.

Amüsment des amerikanischen Geldspüßels. Den Veranlassungen des Schmetterlings-Balls und des Goldsch-Balls, die letzten einige Zeit das Gespräch des geistesarmen Amerikanischen smart set gebildet haben, und die man milde „egzentrisch“ statt blödsinnig nennt, schließt sich folgendes Ballereignis würdig an. Eine der bekanntesten Damen der Baltimoreer Gesellschaft erlitten zu einem Maskenball in einem entzückenden Baderostium. Während des Mahles äußerte ein Festteilnehmer, ein solcher Anzug müsse, um seine vollen Reize zu entwickeln, eigentlich noch sein. Zwei Herren verließen darauf verstoßen die Tafel und kehrten zurück, indem sie eine große Badewanne hinter sich herzogen. Die Badewanne war voll kalten Wassers, auf dem die schönsten Rosen schwammen. Einige kräftige Arme faßten die junge Frau und hoben sie — plump — in das Wasser, während die übrigen Gäste mit Stöhnen herbei eilten und die Dame damit abdußten. Ein Ehepaar verließ entrüstet das Lokal, die übrigen Gäste jedoch, die alle der Creme der Baltimoreer Gesellschaft angehörten, amüsierten sich „ästhetisch“.

Ausbeutung durch „Volksvertreter“. In Washington hat sich eine eigenartige Gewerkschaft gebildet, die den Schutz ihrer Mitglieder gegen Ausbeutung durch die amerikanischen Volksvertreter erstrebt. Dieser neue Verband heißt „Union der Privatsekretäre“. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses erhalten außer ihrem Gehalt von 7500 Dollars pro Jahr (über 80 000 Mk.) noch 1500 Dollars extra für einen Sekretär. Die Abgeordneten erhalten das Sekretärgehalt selbst ausbezahlt, müssen aber beschleunigen, daß sie dasselbe einem Sekretär aushändigen. Viele ökonomisch veranlagte Staatsmänner haben das nun so eingerichtet, daß sie einen der Stenographen kundigen jungen Mann für etwa 500 Dollars für die Dauer der Session anstellen und den größeren Rest der Bewilligung dann in die eigene Tasche gleiten lassen. Andere haben Familienmitglieder als Privatsekretäre installiert, so daß das ganze Geld in der Familie bleibt. Andere haben wieder andere Kombinationen arrangiert, so z. B. daß ihrer fünf sich einen Sekretär zulegen und denselben doppeltes Gehalt zahlen. Dann kann jeder der fünf 900 Dollars von dem ihm zuteilenden 1500 Dollars einstecken. So gibt es allerdings Variationen, aber keine derselben sichern dem Privatsekretär die volle Frucht seiner Arbeit. Um diese unvorteilhaften Finanzverhältnisse besser regeln zu können, haben die Privatsekretäre sich zusammengetan.

Allerlei Wissenswertes.

Der Staub in den Eisenbahnwagen.

Sehr hochinteressant sind die Untersuchungen, die Dr. Gaertel in dem Institut zur Erforschung der Infektionskrankheiten in Bern über den Staub in den Eisenbahnwagen und namentlich über die in ihm enthaltenen Mikroorganismen angestellt und in einer Dissertation niedergelegt hat. Die Staubentnahme geschah nach der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mit einem Staubsaugapparat, der mit einer Vakuumpumpe versehen war. Proben wurden aus Polstern, Teppichen und Holzböden direkt in auswechselbaren, sterilen Einlagen abgefangen, der in das Saugmundstück des Vakuumreinigers eingeschaltet war. Von nicht krankmachenden Mikroorganismen wurden 28 Arten erkannt, während Gaertel von Krankheitserregern 16 Arten feststellte. Dabei muß man berücksichtigen, daß sich die geringste Anzahl der Keime pro 1.0 ccm Staub auf 3 970 000, die größte Anzahl auf 45 830 000 belief. In diesem Eisenbahnstaub finden sich unter anderem die Erreger der Lungenentzündung, die der Eitererkrankungen, des Milzbrandes, des Starrkrampfes u. a. Während durch Einimpfung von verschiedenen Keimen der Tod der betreffenden Tiere herbeigeführt wurde, namentlich durch den Bazillus des malignen Oedoms, ließ sich der Nachweis der Tuberkelbazillen durch Einimpfung bei Staub nicht mit

Erfolg verwenden. Überhaupt konnte keine Keimkultur in dieser Beziehung erhalten werden, so daß scheinbar die Tuberkelbazillen nicht so zahlreich im Staub enthalten sind, wie man für gewöhnlich anzunehmen pflegte. Jedenfalls bestärken uns diese Versuche, daß er unter ungezählten harmlosen Mikroorganismen auch nur zu oft und reichlich sehr gefährliche Krankheitskeime in sich birgt und für deren Verbreitung in weitgehendstem Maße sorgt.

Steuerpolitik.

Sie fragen hin, sie fragen her
(Mit Rücksicht auf die Wahlen);
Wo nehmt' ich neue Steuern her,
Die andre Leute zahlen?
Aus nichts erschuf einst Gott die Welt;
Wo nichts ist, holt der Staat sein Geld
Für die, die etwas haben.

Die Zigarette wird verpappt
Mit einem bunten Schleifen,
Und einen Pfennig mehr berappelt
Der Luch für sein Pfeifchen.

Draus baut das Reich zwei Banzer mehr,
Das freut die großen Herren sehr;
Sie rufen: Hoch der Kaiser!

Ein solches Hoch rentiert sich auch,
Wie weiland Jakob's Usen.
Dem fällt der Fiskus seinen Bauch,
So brauchst du nicht zu zinsen.
Bestenfalls wird ja nur die Not;
Du aber bleibst ein Patriot
Auf andre Leute Kosten.

Edgar Steiger (Simpli.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Lage der Güterbodenarbeiter der Lübeck-Büchener Eisenbahn in Lübeck.

Mehrfach ist schon an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Lohnverhältnisse der Güterbodenarbeiter nicht allzu rosig sind. Auch ist die Arbeit derselben nicht die beste, zumal in der kalten und rauhen Jahreszeit, wo auf beiden Seiten des Schuppens im allgemeinen die Lufen den ganzen Tag hindurch offen stehen und die Arbeiter fortwährend der Zugluft ausgesetzt sind. Noch schlimmer ist die Nacharbeit, welche neun Stunden dauert und während welcher die Beleuchtung auf den Perrons nur eine sehr mangelhafte ist, denn es sind auf jedem derselben nur drei elektrische Lampen angebracht, und das auf einer Strecke, auf der 36 Eisenbahnwagen stehen. Vor allem, wenn die Wagen sich auf dem dritten Strang befinden, müssen die Güter durch die Wagen, welche auf dem ersten und zweiten Strang stehen, hindurch geschafft werden, und wenn dann die Beleuchtung nicht genügend ist, so ist es immerhin mit allerlei Gefahren für die Arbeiter verbunden. Wenn man dann noch die Art betrachtet, wie gearbeitet wird, so erhält man folgendes Bild: Es müssen da in der Nacht so 50 bis 60 Wagen im Durchschnitt entleert werden, sind dann aber in einer Nacht einmal ein paar Wagen weniger leer geworden, (ist doch Wagen um Wagen ein großer Unterschied) so wird dieses gleich von dem diensthabenden Bodenmeister niedergeschrieben und am andern Morgen dem Herrn Güterverwalter vorgelegt; so entsteht eine fortwährende Treiberei, denn dem Güterverwalter kann es immer nicht genügend schaffen. Verlangt er doch von den Arbeitern, daß sie die Karren hoch voll laden sollen, und

wer das nicht will, wird mit Entlassung bedroht. Es ist daher auch kein Wunder, daß die Güterbodenarbeiter eine bessere Bezahlung ihrer Arbeit verlangen; aber hierin kommen sie bei der Direktion gerade recht, denn als im November vorigen Jahres die Güterbodenarbeiter um eine Lohnaufbesserung nachsuchten, wurde ihnen drei Tage vor Weihnachten zwar ein neuer Arbeitsvertrag, welcher für die Arbeiter weit schlechter war als der alte, bekanntgegeben, aber von einer Lohnaufbesserung stand nichts darin. Wohl aber wurden von Herrn D. die drohenden Worte mit angeführt, daß, wenn ein einzelner Arbeiter dagegen angehen würde, so würde derselbe in eine schlechtere Dienstklasse überlegt oder dergleichen. Anders aber war es im Jahre vorher; da erhielten die Leute alle ein kleines Geldgeschenk. Zu Weihnachten stand ja auch die Reichstagswahl vor der Tür. Nun, Ihr Güterbodenarbeiter, Ihr seht ja, daß Ihr als einzelne Personen diesem Vorgehen machtlos gegenüber steht. Wäre es da nicht an der Zeit, daß Ihr Euch mit der Frage beschäftigt: wie können wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen und unsere Lage im allgemeinen verbessern? Zumal Ihr doch gerade jetzt unter den teuren Lebensmittelpreisen mit zu leiden habt, wie jeder andere. Da ist für Euch der einzige Weg die Organisation: hier der Verband der Eisenbahner Deutschlands.

F.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternhauz-Viehmarkt

29. Februar.

Der Schweinehandel verlief ruhig. Angeführt wurden 2312 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 52 Mk., leichte 50—51 1/2 Mk., Sauen 74—81 Mk. und Ferkel 45—49 Mk. pro 100 Pfund

Literarisches.

Die Sozialdemokratie im Münchener Rathhaus betitelt sich ein soeben im Verlage von G. Völk u. Co. in München erschienenen Handbuch für Gemeindevorstände (Preis 1.80 Mk.), das vom Sozialdemokratischen Verein München herausgegeben ist. Das Handbuch bietet allen in den Gemeinden wirkenden, sowie den sich für sozialdemokratische Gemeindepolitik interessierenden Genossen ein sehr reichhaltiges und übersichtlich geordnetes Material, das überall, besonders gegen rückständige Verwaltungen, vortreffliche Dienste leisten wird.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine verschollene Geschichte etc. — Marokko und die Kolonialpolitik Frankreichs. Von Ch. Rappoport (Paris). — Der Arbeit-kammern-Gesetzentwurf. Von Gustav Hoch. — Die ökonomische und soziale Entwicklung von Amsterdam im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts. Von Dr. W. van Ravesteijn jun. (Rotterdam). (Schluß). — Bauernagitation. Von Heinrich Busold. — Zum Entwurf des schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes. Von A. Abé. — Literarische Rundschau: Dr. Stephinger, Zur Methode der Volkswirtschaftslehre. Von F. W. Meisen. Zeitschriftenchau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: F. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Sonnabendnachmittag entschlief sanft nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

Karoline Heuer geb. Ohlsen

im 27. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert und schmerzlichst vernahmt von den Ahnen.

Ferdinand Heuer.

Karl Ohlsen u. Frau, Rehhort.

Fritz Heuer und Frau.

Lübeck, den 2. März 1908.

Die Beerdigung findet am **Mittwoch, d. 4. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr**, vom Trauerhause, Schützenstr. 21a, aus nach Vorwerk statt. Trauerfeier 2 1/2 Uhr.

Sonntagabend 8 1/4 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet nach langem schweren Leiden mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Maurer

Heinrich Krause

im fast vollendeten 32. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen der trauernden Mutter tiefbetrübt an

Otto Liedtke u. Frau

Emma geb. Krause.

Sonnabendmorgen 9 Uhr entschlief sanft unser langgeliebter Sohn **Bruno** im zarten Alter von 1 1/2 Jahren. Dieses zeilen im Namen der trauernden Eltern schmerzhaft erfüllt an

Otto Liedtke und Frau.

Die Beerdigung findet Dienstag, d. 3. März, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Gerdorferstraße 42, aus statt.

Für die herzlichsten Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen allen Freunden und Bekannten, sowie den Herren vom **Scala-Klub „Sonia“** unsere herzlichsten Dank. **W. Potenberg u. Frau, geb. Meyer.**

Ein freundliches, prägnant gelegenes Parterrezimmer, passend für 2 junge Leute. Gerdorferstraße 26. part.

Gelucht zu totat oder zum 1. April ein heres Zimmer. Offerten mit Preisangabe unter **W 6** an die Expedition d. Bl.

Elegante Damen-Maskenkostüme (Brigantcabrant) zu vermieten. Gerdorferstraße 20. II.

3. Gascaia, eine Glas. Petroleum-maschine billig zu verkaufen. Reiferstraße 37. I.

1 Bettst. mit Sprung. Matratze u. 1 ant. Koffer billig zu verkaufen. Schützenstraße 20. II.

Wohlschmeckend, gesund und billig

muß ein tägliches Haus- und Familiengetränk sein. Rothreiners Malzaffee ist das Getränk, das diese drei wertvollen Eigenschaften in sich vereinigt! Er schmeckt dem Bohnentaffee sehr ähnlich (hat aber nicht dessen schädlichen Koffeingehalt), besitzt die Nährkraft des Malzes und ist außerordentlich preiswert. Die Tasse stellt sich auf etwa 1/2 Pf. Rothreiners Malzaffee — seit 18 Jahren glänzend bewährt — ist kein Surrogat, sondern ein selbständiges Getränk, das täglich von Millionen genossen wird. Nur echt im geschlossenen Fasset in der bekannten Ausstattung mit Bild und Namen des Pfarrers Kaempf als Schutzmarke und der Firma Rothreiners Malzaffee-Fabriken.

Schundbräune.

Vernende gegen Vergütung sofort gesucht.

Schubfabrik „Turul“
49 Breitestraße 49.

1 Streich-Zitter mit Schule zu verkaufen. Glorinstraße 11 a. II.

2 gute gebrauchte Fahrräder billig abgegeben. Marktstraße 23 a.

Kanarienhähne und zwei sehr guterhalt. Seebauer zu verkaufen. Triftstraße 25.

Wer leiht einem Parteilgenossen 30 Mark bei wöchentlicher Abzahlung. Nr. u. J S 50 an die Exped. d. Bl.

Wagenremise mit Stallung

zu vermieten. Näheres Glockenaienerstr. 78.

Kartoffelland ist zu verpacht.

unmittelbar in Ransfeld.

Johann Schomann.

Am 28. v. M. im kleinen Saal des Vereinshauses ein Schirm vertanzt. Es wird gebeten denselben im Vereinshaus wieder umzuwaschen.

Karl Obst, Am Brink 116. Reelle und billige Schuhreparatur-Werkstatt.

Wandhaus
A. Frankenthal
bedorferstraße 1, I.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durchgesehener Auflage erschienen

Geschlechtsverkehr

und

Geschlechtskrankheiten.

Von Dr. G. Gebert.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.